

Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

# WOLFGANG CLEMENT

## WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Begrüßung:

**Rudolf Scholten**

Einleitung:

**Franz Vranitzky**

Moderation:

**Anneliese Rohrer**

Dienstag | 28. Juni 2005 | 19.30 Uhr

**Wolfgang Clement** - geboren am 7. Juli 1940 in Bochum, 1960-1965 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Münster, 1965-1968 Rechtsreferendar und wissenschaftlicher Assistent am Institut für Prozessrecht der Universität Marburg, ab 1968 politischer Redakteur, Ressortleiter und stv. Chefredakteur der „Westfälischen Rundschau“ in Dortmund, 1981-1986 Sprecher des SPD-Parteivorstandes, 1985-1986 stv. Bundesgeschäftsführer der SPD, 1986-1989 Chefredakteur der „Hamburger Morgenpost“, 1989-1995 Chef der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, 1990-1995 Minister für besondere Aufgaben, seit 1993 Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen, 1995-1998 Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, 1996-2001 stv. Landesvorsitzender der SPD, 1998-2002 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, seit 1999 stv. Vorsitzender der SPD, seit 2002 Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit.

**Franz Vranitzky** - geboren am 4. Oktober 1937 in Wien, Studium an der damaligen Hochschule für Welthandel, 1960 Abschluss mit dem Diplomkaufmann, Promotion 1969 zum Doktor der Handelswissenschaften. 1961 Nationalbank. 1970 wirtschafts- und finanzpolitischer Berater der Regierung Kreisky, 1976 Wechsel zur Creditanstalt-Bankverein als stv. Generaldirektor, 1981-1984 Generaldirektor und Vorstandsvorsitzender der Länderbank, 1984-1986 Bundesminister für Finanzen. 1986 löste Franz Vranitzky Fred Sinowatz als Bundeskanzler ab, nach Neuwahlen im Herbst 1986 wurde im Jänner 1987 eine große Koalition mit der ÖVP unter der Leitung Vranitzkys gebildet, 1987-1997 Bundeskanzler der SPÖ-ÖVP-Koalition, 1988-1997 Bundesparteivorsitzender der SPÖ, 1997 OSZE-Sonderbeauftragter für Albanien. 1997-2004 Konsulent der Westdeutschen Landesbank.

**Anneliese Rohrer** - geboren 1944 in Kärnten. Nach der Matura Studienaufenthalt in den USA, anschließend Studium der Geschichte an der Universität Wien. 1971 bis 1974 Lehrtätigkeit an der Universität Auckland, Neuseeland. Seit 1974 Journalistin bei der Tageszeitung „Die Presse“, bis 1986 im Ressort Innenpolitik, das sie nach einem Lehrauftrag an der University of Minnesota, USA, bis 2001 auch leitete, 2001 bis 2004 war sie Ressortleiterin Außenpolitik.

### **Rudolf Scholten**

Ich möchte den Namensgeber der Vranitzky Lectures und Ehrenpräsidenten des Bruno Kreisky Forums, Franz Vranitzky, herzlich willkommen heißen. Der heutige Gast der Franz Vranitzky Lectures ist der deutsche Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Wolfgang Clement, den ich herzlich willkommen heiße. Und ich begrüße Frau Dr. Rohrer, die die anschließende Diskussion nicht nur moderieren sondern auch gestalten wird.

Ich danke Wolfgang Clement, dass er seine Zusage hier her zu kommen auch unter neuen politischen Verhältnissen gehalten hat. Wir hatten ursprünglich gedacht, wir vereinbaren einen Termin kurz vor der so genannten Sommerpause. Jetzt ist es wohl kurz vor dem Wahlkampf geworden. Insoferne danke ich doppelt, dass du gekommen bist.

Du stehst wohl wie niemand anderer für eine Wirtschaftspolitik, die sich die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gemeinsam mit der Sorge um den Arbeitsmarkt vorgenommen hat. Dass das keine einfache Aufgabe war und ist, ist ganz offensichtlich. Die einen fordern Konsumkraft zersetzenden oder –zerstörenden Einkommens- und Sozialabbau. Und die anderen leugnen im Gegenzug die Zusammenhänge der Weltwirtschaft. Der Kompromiss ist wohl nicht der Mittelweg sondern die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit in Kombination mit Arbeitskosten und Qualität. Dass Europa sich in vielen qualitativen Kriterien einen Vorsprung erarbeitet hat, ist evident. Dass der von Ländern wie China oder Indien aber auch attackiert wird, ebenso. Die Kostenschraube nach unten zerstört die Kaufkraft und soziale Balance unserer Gesellschaft. Die Qualitätsschraube nach oben ist ein langwieriger, zäher und wohl technokratisch nicht einfach bestimmbarer Prozess. Dieses Dilemma gepaart mit dem Problem der neuen Bundesländer und einer öffentlichen Stimmung, die sich Deutschland nahezu als Schulfall für das kollektive Runterreden ausgesucht hat, hat deine Arbeit zu einer einzigartigen werden lassen. Der sicher nicht SPD-treue Kommentator der Financial Times, Martin Wolf, hat mir neulich gesagt, wenn ein Investor die letzten Jahre keine Zeitungen gelesen hätte, sondern sich nur auf die wirtschaftlichen Zahlen berufen würde, würde er im Vergleich der großen europäischen Volkswirtschaften eindeutig in Deutschland investieren. Ich bin mir nicht sicher, ob er das allerdings auch je geschrieben hat in der Financial Times. Das ist vielleicht Teil des Problems. Ich danke dir sehr für dein Kommen und darf Franz Vranitzky bitten, den Abend aus seiner Sicht einzuleiten. Danke.

### **Franz Vranitzky**

Guten Abend meine Damen und Herren, liebe Freunde. Den Abend einzuleiten, tue ich sehr gerne und stelle eigentlich nur einige Fragen. Rot-Grün in Deutschland ist zu einer Marke geworden, der sich in Europa nicht allzu viele Leute allzu gern anhängen und verschreiben. Man muss aber gar nicht weit wandern, man kann das in Österreich konstatieren. Wenn der österreichischen Bundesregierung irgend etwas vorgeworfen wird, was wenig sympathisch oder wenig gelungen ist, dann sagen Regierungsvertreter, was wollt ihr von uns, schaut euch Rot-Grün in Deutschland an. Wenn Sozialdemokraten irgendetwas vorgehalten wird, schaut euch an eure roten Genossen in der deutschen Bundesregierung, dann sagen die meisten von denen, ja so darf man es natürlich nicht machen. Wir sind also in einer Situation, wo die öffentlichen Haushalte knapp sind oder wo die öffentlichen Haushalte mit ziemlich viel vorgegebenen Posten fest genagelt sind und daher den finanzpolitischen - ist gleich politischen - Spielraum und Handlungsspielraum äußerst eng gestalten. Gleichzeitig aber schwächelt die Konjunktur. Es wird verlangt, „tut etwas dagegen“. Jetzt ist aber der finanzpolitische Spielraum außerordentlich eng. Aus der Enge heraus gegen die schwächelnde Konjunktur etwas zu tun, ist daher von den finanziellen Quantitäten, die zur Verfügung stehen, außerordentlich problematisch, ganz abgesehen davon, dass im 21. Jahrhundert es alles andere als sicher ist, mit nationalen budgetären Ausgaben allein eine Konjunktur ankurbeln zu können. Dazu kommt, dass viele der Länder – nehmen wir nur unsere beiden deutschsprachigen her – einen ziemlich hohen sozialen Standard in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten aufgebaut haben, den es zu erhalten gilt, den es für manche sogar auszubauen gilt. Auf der anderen Seite aber, wenn ein Bundeshaushalt, wie wir in Vorgesprächen gehört haben, allein für die Zuschüsse für das Rentenwesen mit einem Drittel blockiert ist – das ist eine Zahl, die wir in Österreich eine Zeit lang auch gehabt haben, jetzt nicht mehr, etwa seit 15 oder 20 Jahren -, dann zeigt sich auch hier die Einengung. Und dann müssen wir noch damit rechnen, dass wir einen ziemlichen Wildwuchs der akzeptierten Begriffe haben. Also europäische Integration, Globalisierung, Öffnung der Grenzen, Migrationsströme. Da wird alles irgendwie in einen Topf geworfen. Daraus entsteht Ausländervorbehalt, Ausländerzurückhaltung. Daraus entsteht Zurückhaltung gegenüber den weiteren

Fortschritten der europäischen Integration. Und dann kommen zwei Referenden wie in den Niederlanden und in Frankreich, und zumindest 80% aller Regierungschefs in der EU ist das Herz in die eigene Hose gefallen. Um dem zu begegnen, beeilen sie sich zu erklären Stopp der Erweiterung, als ob das eine mit dem anderen irgendetwas zu tun hätte. Hat nichts damit zu tun. Und dann kommen wieder welche und weisen zurecht. Alle haben irgendwie Recht und sagen, „wie soll das überhaupt mit uns weiter gehen, wir Europäer vergeisen“. In so und so viel Jahren wird mehr als die Hälfte der Bevölkerung älter als 60 Jahre alt sein. Die Medizin macht unglaubliche Fortschritte. Wir applaudieren, wir freuen uns, und wollen unsere Systeme nicht zur Kenntnis nehmen oder unsere Meinungsbildner nicht zur Kenntnis nehmen, dass der qualitative Fortschritt in der Medizin, in der Altersversorgung ja wirklich exponentiell mehr Geld kostet als ein niedrigerer Standard. Wir haben also alles gemeinsam. Wir haben beengte Haushalte. Wir haben große Infrastrukturvorhaben, die wir machen müssen, sonst stürzen die Kommunikationswege, Verkehrswege in Europa zusammen. Das heißt, wir müssen, müssen, müssen.

Dann kommt eine Regierung wie Schröder/Clement und tut etwas davon. Ich bin jetzt hier nicht der Advokat. Es wissen die meisten, die sich dazu äußern - noch dazu im konkreten Fall mit der deutschen Wiedervereinigung -, was alles nicht gemacht werden kann, dass alles in Wirklichkeit schlecht ist. Und man sieht es: die Leute verlieren das Vertrauen, rennen in Scharen zur CDU/CSU, die übrigens auch nichts Besseres weiß. Aber was soll geschehen? Man kann das auch auf andere europäische Länder umlegen. Wir müssen nicht immer nur zu den deutschen Nachbarn schauen, weil wir deren Zeitungen lesen können. Schauen wir einmal in den Süden Europas.

Ich glaube, von den oft besprochenen Kreuzungen oder Weggabelungen oder Hindernissen sind wir als Europäer wieder vor einer solchen Weggabelung, wo wir uns zu entscheiden haben. Ich habe jetzt einen entscheidenden Fehler gemacht, indem ich gesagt habe, wo WIR uns zu entscheiden haben. Ich wüsste nämlich nicht, wer WIR ist in der konkreten gesamteuropäischen oder Integrationskonstellation.

Es ist einigermaßen Ernst. Es ist anstrengend. Es ist ansprechend. Es ist anspruchsvoll. Und Politik ist gefordert. Wir haben uns seit der Gründung des Kreiskyforums, getreu dem Motto „für internationalen Dialog“ immer dem Anspruch der vollkommenden Offenheit, der vorsätzlichen Inkaufnahme von kontroversiellen Standpunkten solcher Diskussionen gestellt. Und ich freue mich, dass diese Diskussion heute zu Stande kommt. Sie ist nicht selbstverständlich für das Regierungsmitglied einer Bundesregierung, deren Vorstandsvorsitzender sich in wenigen Tagen darum zu bewerben hat, dass ihm das Misstrauen ausgesprochen wird. Wahrlich keine selbstverständliche, keine einfache Konstellation. Umso mehr freue ich mich, dass du gekommen bist und dass wir heute dir zuhören und mit dir nachher sprechen und diskutieren können. Ich freue mich jetzt schon drauf. Meine Damen und Herren, danke für Ihr Kommen, und ich wünsche einen interessanten Abend.

### **Wolfgang Clement**

Herr Bundeskanzler, lieber Franz Vranitzky, Herr Präsident, lieber Rudolf Scholten, Herr Botschafter, meine Damen und Herren Es ist mir ein großes Vergnügen, dass ich heute Abend hier mit Ihnen zusammen sein kann, dass wir mit einander sprechen können über das, was Sie und uns bewegt in Österreich und in Deutschland. Ich freue mich, dass das in diesem Haus geschieht. Ich kann mir vorstellen, dass in diesem Haus auch schon zu Lebzeiten von Bruno Kreisky viele Diskussionen, Dialoge stattgefunden haben. Und ich finde es sehr schön, dass diese Möglichkeit des Ideenaustausches, des Austausches von Information und Meinungen

zwischen allen Menschen, keineswegs nur zwischen Politikern, auch hier weiterhin stattfindet. Sie haben mit dem Bruno Kreisky Forum diese Tradition fortgesetzt. Ich bin sogar ein bisschen stolz darauf, dass ich heute Abend mit in diesen Dialog einbezogen bin, nicht nur von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sondern auch über die Grenzen der sozialdemokratischen Familie hinaus. Ich bedanke mich also sehr herzlich für die Einladung.

Das hat Franz Vranitzky ja gerade angedeutet, auch deutlich angesprochen. Wir sind in Deutschland zur Zeit in ziemlich stürmischer Zeit. Wir Sozialdemokraten tun uns schwer zu vermitteln, dass der Kurs der Reformen, den wir eingeschlagen haben und von dem wir überzeugt sind, dass es zu ihm keine Alternative gibt, notwendig ist. Es ist kein Geheimnis, dass wir auch intern in der Sozialdemokratie jetzt, nachdem der Bundeskanzler sich entschlossen hat, die Vertrauensfrage zu stellen - tatsächlich um das Misstrauen im Parlament zu bewirken und damit die Möglichkeit zu haben, die Bürgerinnen und Bürger des Landes wiederum um ein neues Vertrauen zu bitten - dass in dieser Zeit auch unter uns in der deutschen Sozialdemokratie heftig um den richtigen Kurs gestritten wird. Sie wissen ja, weil Sie ja alles genau verfolgen, was in Deutschland los ist, dass die Rufe nach einer grundsätzlichen Änderung in der Reformpolitik in Deutschland wieder lauter werden, auch innerhalb meiner Partei, unserer Partei. Die Rufe werden aber dadurch nicht richtiger. Ich will mich, um das zu belegen, zunächst einmal auf Franz Vranitzky berufen. Der hat nämlich oder soll nämlich mal gesagt haben, was ökonomisch auf die Dauer falsch ist, kann politisch auf die Dauer nicht richtig sein. Das ist sehr schlicht, aber treffend. Das ist ein sehr wichtiger Hinweis für unsere Diskussion.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Exportland, auf das wir einigermaßen stolz sind. Das geht in manchen Beschreibungen des Landes etwas unter. Wir haben im vergangenen Jahr und auch schon im vorvergangenen Jahr mehr exportiert als alle anderen Volkswirtschaften auf der Welt. Also mehr als das drei Mal so große Amerika und andere. Kein Land hat diese Wettbewerbsfähigkeit erreicht, die wir haben. Wir werden sicherlich im einzelnen noch diskutieren, warum wir in dieser Lage sind. Wir können uns also unmöglich in der Lage, in der wir sind – der Export stellt ungefähr ein Drittel der Wirtschaft inzwischen in Deutschland -, dem weltweiten Wettbewerb nicht nur nicht entziehen, sondern ganz im Gegenteil, wir müssen diesen Wettbewerb geradezu suchen. Und der hat mächtig zugenommen mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, mit den gewaltigen Fortschritten in Asien, mit den technologischen Sprüngen insbesondere im IT Bereich. Es drängen immer mehr neue Wettbewerber auf den Weltmarkt. China, Indien, Brasilien, viele andere. Und die Völker dort haben viele Menschen mit Fleiß und nicht selten auch mit hervorragender Qualifikation. In China werden zur Zeit jährlich etwa 300.000 ausgebildete Ingenieure auf den Markt gebracht. Die Menschen dort wollen sich in die weltweite Arbeitsteilung integrieren. Sie wollen wie wir an Wachstum und Wohlstand Teil haben. Wenn man in der Tradition von zwei großen Sozialdemokraten steht hier in Österreich und in Deutschland, von Bruno Kreisky und Willy Brandt, dann ist es eigentlich schwer vorstellbar, dass gerade wir Sozialdemokraten diejenigen sein könnten, die den Menschen das verwehren wollten. Um es noch etwas deutlicher zu sagen. Ich war mal für sechs Jahre Mitarbeiter von Willy Brandt. Das war nach der Zeit, in der er den Nord-Süd-Bericht geschrieben hat. Ich vermute, dass er sich kaum im Traum hätte vorstellen können, dass China oder Indien oder Brasilien mal zu ernsthaften Wettbewerbern für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland werden können. Aber sie sind es bereits auf etlichen Gebieten und werden es noch mehr sein. Und tatsächlich ist das das, was wir angeblich immer gewollt haben, ohne dass wir es erreichen konnten mit unserer Entwicklungshilfe. Aber ich denke, der Prozess der Globalisierung hat diese Staaten, diese Volkswirtschaften – nicht alle, aber viele – in die Lage versetzt, zu uns aufzuschließen mit vielen Brüchen und Sprüngen innergesellschaftlicher Art, aber in einer Art und Weise, die atemberaubend ist.

Letztlich müssen wir selbst ein Interesse daran haben, dass der Wohlstand in unserer Nachbarschaft und auch Welt zunimmt. Wenn man es genau sieht, ist die internationale Arbeitsteilung ja auch kein Nullsummenspiel. Es können alle gewinnen, wenn die Spielregeln stimmen. Man sieht es an Europa. Der Fall der Handelsschranken, die Integration in die Europäische Union ist für die neuen Mitgliedsstaaten die entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufholprozess. Und für uns, für die so genannten alten Mitgliedsstaaten bietet dies Chancen, neue Absatzchancen, neue Handelsbeziehungen, Unternehmenskooperation. Österreich ist eigentlich das beste Beispiel. Ich habe hier gelernt in einer Diskussion, an der ich vor einiger Zeit teilgenommen habe, dass für Österreich die Öffnung gegenüber den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas so etwas wie ein zweites Konjunkturprogramm ist. Ich glaube, keine andere Volkswirtschaft hat von dieser Erweiterung so viel profitiert wie Österreich. Aber Deutschland liegt mit Sicherheit an zweiter Stelle in den Relationen, in denen wir sind.

Der Export der Bundesrepublik Deutschland in die Beitrittsstaaten hat bereits heute fast 12% Anteil an unserem Gesamtexport. Das heißt, wir exportieren heute bereits in die Beitrittsstaaten mehr als auf den amerikanischen Kontinent. Wir profitieren von diesen Prozessen. Und wir profitieren wie kaum andere von der Erweiterung der Europäischen Union, was ja in fast allen Diskussionen zur Zeit in Deutschland untergeht, wenn wir über einige Exzesse sprechen. Beispielsweise durch die Regeln, die wir für den Beitritt entwickelt haben, Übergangszeiten für die Arbeitnehmerfreizügigkeit zwischen Polen, Ungarn, um es konkret anzusprechen, und uns, dass wir dort Übergangszeiten eingebaut haben, die aber nicht diskriminierend gemeint sind sondern steuernd.

Aber man muss sich ganz klar sein, die positiven Wirkungen dieser Integration treten nur ein, wenn wir bereit sind zum Wandel, wenn wir im Prozess des Wettbewerbs, wenn Sie so wollen, unter dem Druck des Wandels auch bereit sind, unsere Strukturen zu ändern. Und das ist nicht selten ziemlich schmerzhaft. Denn das heißt ja, dass Arbeitsplätze weg fallen, dass Arbeitsplätze verlegt werden, aber dass auch an dieser Stelle neue Arbeitsplätze entstehen können. Und die so genannte Basarökonomie, über die in Deutschland schon seit einiger Zeit gesprochen wird, unter anderem vom IFO-Institut, beeinflusst ziemlich deutlich die europäische und die deutsche Diskussion. Ich will damit deutlich sagen, dass die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit mehr von der europäischen Integration, von der Erweiterung profitiert, als dass wir durch Auslagerung von Produktion in die Beitrittsstaaten verlernen. Der Wertschöpfungsvorteil bleibt auf deutscher Seite auch übrigens in der Zahl der Arbeitsplätze. Aber dies setzt voraus, dass wir bereit sind zur Anpassung. Das macht vielen unserer Bürgerinnen und Bürgern Angst. Und diese Angst müssen wir natürlich ernst nehmen. Und es ist auch klar, dass es trotz dieser volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung natürlich nicht nur Gewinner gibt. Es gibt mindestens zeitweise auch Verlierer. Das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ganz konkret von Verlagerungen, Auslagerung von Industrie, die wir an unserem Standort nicht halten können, getroffen werden. Deshalb ist für mich die wichtigste Doktrin – ich habe das heute schon einmal gesagt -, wir dürfen niemanden zurück lassen in diesem Prozess. Unser Ziel muss sein: kein Talent in unserer Gesellschaft darf ungenutzt bleiben. Jeder muss zählen. Niemand darf aufgegeben werden. Das ist das äußerst anspruchsvolle Ziel, das wir in diesem Prozess der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik verfolgen müssen. Und das müssen wir konkret machen mit den Instrumenten, die wir einsetzen.

Ich möchte Ihnen gerne in drei Schritten darstellen, welche Reformen wir in Deutschland eingeleitet haben und wie die Reformagenda weiter zu entwickeln sein könnte, was bisher

erreicht wurde, und welcher Beitrag auf europäischer Ebene zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung geleistet werden muss.

Die Auseinandersetzung um die richtige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hat in Deutschland viele Emotionen geweckt, Ängste geschürt, Kontroversen, Debatten ausgelöst. Übrigens gibt es in Ostdeutschland noch mehr Angst vor Ausländern, vor ausländischer Konkurrenz, vor ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als in Westdeutschland, obgleich in Ostdeutschland kaum ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterwegs sind. Es sind sehr viel mehr, auch prozentual in Westdeutschland. Aber wir haben große Akzeptanzprobleme für das, was wir tun müssen. Und das ist auch der Grund, das ist eigentlich der tiefere Grund, weshalb sich der Bundeskanzler entschlossen hat, das Mandat für seine Politik früher als ursprünglich vorgesehen durch eine vorgezogene Bundestagswahl erneuern zu lassen, wenn es geht. Dieser Reformweg, den wir eingeschlagen haben, ist steinig, aber er ist richtig meines Erachtens. Er ist alles andere als Vergangenheit. Es ist die notwendige, die eigentlich schon in den 1990er Jahren fällig gewesene Reaktion auf die verschiedenen Prozesse, in denen wir uns bewegen. Der demografische Prozess, die Lebenserwartung in Deutschland nähert sich jetzt 80 Jahren. Die Lebenserwartung in Deutschland steigt jährlich um ein Vierteljahr. Ich versuche es mir selber immer wieder deutlich zu machen, an meinen Eltern selbst. Als sie, mit Millionen anderer als Arbeitnehmer, in die Sozialversicherungssysteme in Deutschland eingezahlt haben, da wurden die deutschen Arbeitnehmer im Durchschnitt vier Monate älter als die eigene Pensionsgrenze. Wir aber werden jetzt, ohne dass es da eine individuelle Zusage gibt, allgemein fast achtzig. Frauen haben noch einen gewissen Vorteil. Aber das ist sicherlich auch eine Reformaufgabe, der wir noch uns zuwenden werden. In Deutschland gehen wir auch immer später ins Berufsleben. Ein Auszubildender heute in Deutschland ist im Schnitt 19 Jahre alt. Sie sind in Österreich bei ungefähr 16,x. Den Ursachen will ich jetzt im einzelnen nicht nachgehen. Hochschulabsolventen sind im Schnitt immer noch 28, 29 Jahre alt. Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt jetzt bei 60,x. Wir haben uns aber verpflichtet innerhalb der Europäischen Union, das bis 2010 um 5 Jahre höher zu bringen. Wir müssen das tun, weil gemessen an der Lebenserwartung hier immer weniger arbeiten. Und es ist unvorstellbar, dass wir, wenn das so ist, immer noch unter den gleichen Bedingungen unsere sozialen Sicherungssysteme weiter fahren. Das ist das eine große Thema.

Das andere große Thema ist natürlich der Prozess der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, der Erweiterungsprozess, der Globalisierungsprozess und die deutsche Einheit. Die deutsche Einheit, die ja bei uns selbst inzwischen in diesen Debatten um die Wirtschaftspolitik kaum noch eine Rolle spielt. Aber der Kraftaufwand für die deutsche Einheit ist beträchtlich. Jährlich 4% des deutschen Bruttonettoprodukts müssen in den Aufbau Ost investiert werden. Jährlich rund 85 Milliarden, von denen nicht wenig in den Sozialtransfer gehen, d.h. in Konsumausgaben. Eine gewaltige Kraftanstrengung, die von der deutschen Volkswirtschaft gefordert wird. Unter den Bedingungen steht sie nicht schlecht da. Unter den Bedingungen, unter denen sie antreten muss, unter den Herausforderern, mit denen sie zu tun hat, hat sie eine erstaunliche Leistungsfähigkeit.

Aber wir haben auf diese Prozesse, wie ich sie versucht habe anzudeuten, zu antworten. Sie sind eigentlich langfristig. Und das ist die Lehre, die man für die Politik ziehen muss. In Deutschland gibt es seit den 1970er Jahren bereits einen Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums, das von Jahrzehnt zu Jahrzehnt schwächer geworden ist, nicht erst seit der deutschen Einheit. In den 1970er Jahren zur Zeit von Brandt und Schmidt waren wir bei 2,8% im Durchschnitt. In den 1980er Jahren bei 2,2%, 1990er Jahre knapp um die 1,5%, 2000 noch mal hoch, dann sind wir in die Stagnation geraten. Wenn das Wachstum so kontinuierlich

runter geht, haben wir offensichtlich in den zurück liegenden Jahrzehnten nicht genug in die Zukunft investiert. Das ist ein deutliches Zeichen, dass wir nicht in die Kontinuität des wirtschaftlichen Wachstums investiert haben, also in die Zukunft. Wir haben eine Arbeitslosigkeit, die sich in den letzten 20, 25 Jahren aufgebaut hat. Ich bin überzeugt, es gibt keine Volkswirtschaft auf der Welt, die so viel Geld im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eingesetzt hat wie die Bundesrepublik Deutschland. Zur Zeit sind es rund 50 Milliarden Euro jährlich. Und wir sind daran gemessen schrecklich erfolglos geblieben. Das ist der tiefere Grund, weshalb wir jetzt zu einer grundlegenden Reform gezwungen sind. Das sind die Hauptgründe neben der deutschen Einheit, die uns zu einem Umsteuern zwingen.

Und deshalb haben wir einen Prozess der Agenda 2010 eingeleitet. Ich will das jetzt vor Ihnen nicht in aller Breite darzustellen versuchen. Nur ganz wenige Sätze dazu. Wir haben schon einiges getan, was die Situation gravierend, von Grund auf verändert. Zu wenig Wachstum, also brauchen wir Investitionen, also müssen wir mit Steuern und Abgaben herunter kommen. Wir brauchen mehr Spielraum für Investitionen. Also haben wir eine Steuerreform angesetzt, die immerhin 60 Milliarden Euro an Bürger und Unternehmen zurück gibt. Die Steuerreform ist durchaus gerecht, glaube ich, gestaffelt. Eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern in Deutschland zahlt zur Zeit bis zu 37.000 Euro Jahreseinkommen keine Steuern. Wir haben einen Eingangssteuersatz von 15%. Als wir 1998 gestartet sind, waren wir bei über 25%. Wir haben einen Spitzensteuersatz, den wir vor allen Dingen deshalb gesenkt haben, weil die mittelständische Wirtschaft, die Personengesellschaften davon abhängig sind, den haben wir gesenkt von 53% auf 42%. Gleichzeitig sind die sozialen Nebenkosten, die Lohnnebenkosten zu rasch gestiegen. Einer der Kernfehler, die wir begangen haben bei der deutschen Einheit, war, den Transfer von West nach Ost vorwiegend über die sozialen Sicherungssysteme zu leisten, d.h. über die personenintensiven Unternehmen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber nicht über alle Steuerzahler. Das hat unsere Lohnnebenkosten in eine gewaltige Höhe gebracht gemessen am Bruttoarbeitsentgelt von 42%. Wir haben hier zum ersten Mal den Trend nach unten gebracht, ganz leicht durch den ersten Schritt einer Gesundheitsreform, indem wir die Bürgerinnen und Bürger auch mehr an den eigenen Kosten beteiligen. Nicht umwerfend, aber es hat beinahe zur Revolution in Deutschland geführt. 10 Euro im Vierteljahr pro Arztbesuch hat beinahe wirklich vorrevolutionäre Diskussionen ausgelöst, um es etwas ironisch zu sagen. Etliches anderes kommt in der Gesundheitsreform dazu. Wir haben jedenfalls die Beiträge zur Gesundheitsreform jetzt nach unten gebogen, ganz knapp noch. Der nächste Schritt muss folgen. Wir sind in der Rentenversicherung so weit, dass wir eine private Säule neben die Beitragsfinanzierung gestellt haben, die zur ausreichenden Ausstattung der nächsten Generationen, zur Altersvorsorge für die nächsten Generationen tritt, neben die beitragsfinanzierte Rente mit garantiert durch den Staat. Ein Drittel des Bundeshaushalts geht in die Rentenversicherung zur Zeit, von 250 Milliarden 80 Milliarden allein in diesem Sektor, weil wir dies nicht fortschreiben können für die nächsten Generationen. Das heißt mehr Eigenverantwortung, mehr Eigeninitiative, auch Selbstbeteiligung gerade für diejenigen, die es können, natürlich mit sozialen Abfederungen.

Und wir sind in der Arbeitsmarktreform. Vielleicht dazu ein paar Sätze mehr dazu. Gewaltige Summen, die dort investiert worden sind, ohne Erfolg. Wir hatten bis zum 1. Januar zwei Fürsorgesysteme in Deutschland. Das eine staatlich, die Arbeitslosenhilfe. Das andere kommunal, die Sozialhilfe. In der kommunalen Sozialhilfe hat die Betreuung der Menschen stattgefunden, aber weniger die Vermittlung in Arbeit. Aber wir haben jetzt eine Million Menschen plus Familienangehörige in die Arbeitsvermittlung geholt aus der Sozialhilfe. Ich vermute, dass wir jetzt in Deutschland eines der ehrlichsten Arbeitsmarktsysteme haben, die es gibt. Wir legen nämlich alles offen. Das hat im Februar zu diesem Knick im Vertrauen zur Sozialdemokratie geführt oder jedenfalls beigetragen. 5,2 Millionen Arbeitslose in

Deutschland, weil viele aus der Sozialhilfe kamen, die vorher nirgendwo als Arbeit suchend und arbeitslos registriert waren. Ich hatte auf einmal zu tun nicht mit 400.000 Arbeitslosen unter 25 Jahren sondern mit 665.000. Von diesen 665.000 waren 27% ohne Schulabschluss, 67% ohne Berufsausbildung. Und wir hatten auf einmal mit dieser gewaltigen Herausforderung zu tun. Die entscheidende Veränderung, die wir vornehmen mussten und vorgenommen haben im Arbeitsmarkt, ist, wir können nicht dem Einzelnen, der arbeitslos wird, auf Dauer einen finanziellen Status sichern. Wir können ihm nur eine Fürsorge sichern, neben der er alles tun muss, um sich aus der Arbeitslosigkeit heraus zu bewegen, auch unter Inanspruchnahme der Hilfe von Partnern, der Familie, des Partnereinkommens und, gegebenenfalls, auch des eigenen Vermögens. Das ist die eigentliche Veränderung. Sie ist gravierend. Sie bedeutet für Langzeitarbeitslose in bestimmten Situationen, dass sie durchaus nicht auf 10 Euro wie für den Arztbesuch, sondern auf einige Hundert Euro verzichten müssen, weil wir dieses Prinzip, das wir das Prinzip des Förderns und Forderns nennen, wirklich realisieren müssen. Fördern – jeder hat Anspruch darauf, dass er in Arbeit vermittelt werden kann. Fordern – er oder sie muss aber auch alles tun, um aus der Notlage heraus zu kommen. Am deutlichsten zu sehen am Beispiel der Jugendarbeitslosigkeit. Ich habe vorhin gesagt 665.000 ohne Ausbildung. Es bekommt, Kraft Gesetzes, in Deutschland jeder arbeitslose Jugendliche ein Angebot entweder auf eine Berufsausbildung oder auf eine Schulausbildung oder auf eine Qualifikation, auf eine Nachschulung, auf Sprachunterricht. 8 Angebote haben wir für jeden Jugendlichen parat. Allerdings, eines der Angebote muss jeder annehmen. Wer dies nicht annimmt, wer dies verweigert, wird keine finanzielle Förderung mehr bekommen, sondern ist dann angewiesen auf eine Unterkunft, die ihm beschafft werden kann, ist angewiesen auf Naturalversorgung. Aber Jugendliche, die alles ablehnen, was angeboten wird, können nicht auf die Solidarität aller anderen rechnen, sondern er oder sie müssen das Ihre tun, um aus der Situation, in der sie sich befinden, heraus zu kommen. Das hört sich vielleicht hart an für sozialdemokratische Foren, ist aber meines Erachtens der einzige Weg, mit dem wir aus einer Entwicklung, in die wir hinein geraten sind – ich habe vorhin die Zahlen genannt derer, die ohne Schulabschluss kommen, derer, die ohne Berufsausbildung sind -, heraus kommen können.

Ich bin überzeugt, dass wir Erfolg haben werden. Wir sind jetzt, seit wir dieses neue System begonnen haben im 6. Monat. In Großbritannien hat man 1998 begonnen diese Jobcenter plus aufzubauen, das letzte wird im Jahr 2006 stehen. Das ist unser großes Vorbild. Wir sind jetzt eineinhalb Jahre dran, und mit diesem neuen System der Zusammenlegung der beiden Fürsorgesysteme seit 6 Monaten. Wir können noch nicht am Ziel sein. Aber wir werden nach den ersten vier Monaten die Arbeitslosigkeit um 500.000 gesenkt haben und die Jugendarbeitslosigkeit bereits zu über 100.000. Wir werden mit der Vorgehensweise, mit der wir dies tun, Erfolg haben. Und ich hoffe auch, dass auf diese Weise in Deutschland wieder Vertrauen darin entstehen kann, dass wir in der Lage sind, ein solches Problem zu lösen. Die Menschen haben das Vertrauen verloren, dass wir, die Politik, mit der Wirtschaft gemeinsam willens und in der Lage sind, ein solches Problem zu lösen. Das ist aus meiner Sicht zur Zeit die größte Probe auf die Fähigkeit der Demokratie, Probleme zu lösen. Ich habe schon oft gesagt, wehe uns, wenn wir mit einer solchen Reform scheitern, wehe uns, wenn wir das Vertrauen der Menschen verspielen, dass wir mit einer solchen Kraftanstrengung in der Lage sind, das Problem zu lösen. Wir haben noch nie so viel Geld eingesetzt im Kampf gegen beispielsweise die Jugendarbeitslosigkeit, 6,8 Milliarden in diesem Jahr, Instrumente wie noch nie, gesetzliche Möglichkeiten, wie sie noch nie zur Verfügung standen. Wir müssen das Problem jetzt lösen und werden das innerhalb der nächsten überschaubaren Zeit lösen. Das Ziel ist, der großen Arbeitslosigkeit den Nachwuchs zu entziehen, indem wir die Jugendlichen in meinem Ruhrgebietsprachgebrauch von der Straße holen, und auf diese Weise den Kampf



gegen die Arbeitslosigkeit Schritt für Schritt dann auch gewinnen zu können. Das ist das Ziel, um das es geht. Und das ist das Ziel dieser Reformen.

Bürokratieabbau, Föderalismusreform, Marktöffnung. Das kommt alles hinzu und muss in Deutschland getan werden. Letztlich ist die Aufgabe der Reformen, die damit angesprochen worden sind, Steuerreform, soziale Sicherungssysteme reformieren, Arbeitsmarkt reformieren, Bürokratie abbauen, Föderalismus umbauen. Wir sind nicht mehr schnell genug handlungsfähig in den Strukturen zwischen Bund und Ländern, die Umsteuerung von den Investitionen und von den Kosten hinzubekommen, die sich aus Problemen der Vergangenheit ergeben – Rente, Arbeitsmarkt -, in Investitionen in die Zukunft, damit wir wirtschaftliches Wachstum in voller Kraft entwickeln können. Und das heißt Investitionen in Kindergärten, in Schulen, in Hochschulen, in Wissenschaft und Forschung. Wenn wir bestehen wollen in unseren Volkswirtschaften im Verhältnis etwa zu China, zu Indien, zu den Staaten, zu den Volkswirtschaften, die ja die Zukunft bestimmen werden, dann können wir es nur schaffen, wenn wir prinzipiell in der Entwicklung der neuen Produkte, der neuen Verfahren, der neuen Technologien, wenn wir auf den Feldern, die die Weltmärkte von morgen bestimmen werden, auf den allerersten Plätzen sind. Sie in Österreich und wir in Deutschland. Das ist die Zielsetzung und muss die Zielsetzung sein und darauf muss alles konzentriert werden. Darauf müssen wir unsere Investitionen hin orientieren und konzentrieren und uns deshalb lösen von den Problemen der Vergangenheit. Das heißt, wir müssen sie lösen.

Wie ist die Situation jetzt in Deutschland? Wir sind in einem weltwirtschaftlichen Aufschwung, wie wir ihn lange nicht erlebt haben. Die wirtschaftliche Erholung in Deutschland hat begonnen Ende 2003. Wir haben trotz enormer Ölpreise und Aufwertung des Euro im vergangenen Jahr erstmals wieder ein wirtschaftliches Wachstum gehabt, ordentliche 1,6%. Im ersten Quartal dieses Jahres hatten wir das stärkste Wachstum seit vier Jahren, das stärkste in Westeuropa, noch etwas stärker als in den USA. Allerdings das, was wir hier zuwege gebracht haben, ist fast ausschließlich der Exportdynamik zu verdanken. Und diese Exportdynamik müssen wir jetzt übersetzen in Stärkung der Binnennachfrage, der Binneninvestitionen. Es gibt Anzeichen dafür, dass die steigenden Unternehmensgewinne - die Unternehmen- und Vermögenseinkommen sind im vergangenen Jahr in Deutschland um 10,4% gestiegen -, übersetzt werden in Investitionen am Standort und dass die Investitionen jetzt stärker anspringen. Aber das, was wir an wirtschaftlicher Erholung erleben zur Zeit, ist insgesamt im Euro-Raum an Dynamik zu schwach und in Deutschland erst Recht. Die wirtschaftliche Erholung läuft weiter, aber sie braucht Unterstützung. Das ist der Grund, weshalb wir weitere Maßnahmen eingeleitet haben. Das ist der Grund, weshalb der Bundeskanzler vor einigen Wochen auf einem so genannten Jobgipfel mit der Opposition - weil wir nicht allein handlungsfähig sind in dem Verhältnis zwischen Bundestag und Bundesrat - weitere Schritte zur Stärkung der Konjunktur beschlossen hat. Erstens Absenkung der Körperschaftssteuer von 25 auf 19%. Zweitens eine weitere Entlastung des Mittelstandes im Bereich der Einkommenssteuer, kompliziert durch eine Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer. Drittens ein Verzicht auf die Erbschaftssteuer bei Betriebsübergängen als psychologische Hilfe und Unterstützung für mittelständische Unternehmen, für Personengesellschaften. Und dann noch viertens, für die Automobilindustrie nicht unwichtig, eine Unterstützung bei der Einführung von Dieselfiltern im Kampf gegen den bekannten Feinstaub. Das sind Mittel und Instrumente, die wir jetzt einsetzen müssen, um die konjunkturelle Erholung in Deutschland zu stärken.

Was wir strukturell tun müssen – und damit blicke ich noch ein Mal zurück auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit -, das ist neben der Stärkung von Wissenschaft und Forschung, von

Hightech, von Bio- und Gentechnologie, von Informationstechnologie, von Nanotechnologie, von Verkehrs- und Umwelt- und Energietechnologie, der Sektor der sogenannten „gering qualifizierten“ Jobs. Wir werden in Deutschland das Problem der Arbeitslosigkeit nur lösen können, wenn wir auch im Bereich der gering Qualifizierten Arbeitsmöglichkeiten und Spielräume verschaffen. Das ist gegenwärtig die größte Schwäche bei uns. Und deshalb gehöre ich zu denen, die daran arbeiten. Ich denke, dass das auch noch in den nächsten Wochen in öffentlichen Diskussionen eine Rolle spielen wird. Deshalb gehöre ich zu denen, die der Überzeugung sind, dass wir überlegen müssen, ob wir Freibeträge auch im Bereich der Lohnnebenkosten einsetzen. Das heißt, dass wir schlicht und ergreifend sagen, die ersten 250 Euro Beitrag zu den Lohnnebenkosten werden aus Steuermitteln finanziert. Das ist der Weg, mit dem wir – anders als in komplizierten Kombilohnmodellen, vermutlich eine Vielzahl von Arbeitsplätzen im gering qualifizierten Bereich schaffen können.

Alle Untersuchungen, die wir kennen, lauten, dass wir in Deutschland eine Schwarzarbeit haben, die sich in der Größenordnung von 5 bis 6 Millionen Arbeitsplätzen bewegt. Es muss gelingen, mindestens 2 Millionen davon aus der Illegalität in die Legalität zu holen. Das ist möglich im Haushaltsbereich, im Familienbereich, im Betreuungsbereich, im Pflegebereich, im Krankbereich, in vielen Sektoren, in denen wir bisher offensichtlich zu wenig Fantasie entwickelt haben, um dort neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen zu lassen. Das ist ein Feld der Diskussion, in dem wir uns zur Zeit bewegen.

Wir wissen aber auch – und damit bin ich in der europäischen Diskussion -, dass die Wirtschaftspolitik in Österreich wie in Deutschland nicht mehr national allein gemacht wird, sondern entscheidend durch Europa geprägt ist, sehr viel mehr, als wir selbst mit nationalen Mitteln erreichen können. Zu unseren Exporterfolgen hat vor allen Dingen unsere preisliche Wettbewerbsfähigkeit beigetragen. Die Inflationsrate bei uns in Deutschland liegt seit Jahren deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Dabei spielt eine sehr moderate Lohnentwicklung seit fast 10 Jahren eine enorme Rolle. In den vergangenen Jahren sind die Lohnstückkosten bei uns nahezu konstant geblieben, in den letzten 10 Jahren zusammen um 2% gestiegen. Im Euro-Raum waren das 12%. Wir leisten aus Deutschland einen erheblichen Beitrag zur Preisstabilität im europäischen Raum. Das kommt natürlich unserer Wettbewerbsfähigkeit zu Gute. Das ist einer der Gründe – die moderate Lohnentwicklung -, warum wir in der Wettbewerbsfähigkeit hervorragend da stehen. Andererseits sind wegen der einheitlichen Geldpolitik die kurzfristigen Nominalzinsen für alle Mitglieder der Euro-Zone gleich hoch. Das heißt, die Zinsen orientieren sich in Europa zur Zeit an den europäischen Notwendigkeiten. Das heißt, sie sind für Deutschland zu hoch, weil die Inflationsraten in Deutschland deutlich geringer sind als im Durchschnitt des europäischen Raumes. Anders gesagt, Kredite sind in Deutschland zur Zeit teurer, als sie auf Grund der deutschen Inflation sein dürften. Uns allen ist klar, dass dies zusammen mit der schwachen Einkommensentwicklung die Binnennachfrage und die Wachstumsdynamik in unserem Land belastet. Andere Länder der Euro-Zone hatten in den letzten Jahren höhere Lohn- und Preissteigerungsraten und eine ausgeglichene, teilweise sogar defizitäre Außenhandelsbilanz. In diesen Ländern waren aber die Realzinsen deutlich niedriger. Ich nenne mal die Staaten. In Spanien, Italien, Portugal, Griechenland waren die Kredite günstiger, als es angesichts der dortigen Inflationsrate auch nur angezeigt gewesen wäre.

Noch einmal zusammengefasst. Analysen von OECD, IWF, der Europäischen Kommission bestätigen das auch. Bei anhaltend unterschiedlicher Preisentwicklung in der Währungsunion trägt die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in einem großen Niedriginflationsland wie Deutschland kurz- bis mittelfristig weniger zum Wachstum bei, als durch den Effekt höherer Realzinsen erreichbar wäre.

Sie können nun mit Recht darauf hinweisen, dass auch Österreich zu den stabilitätsorientierten Ländern der Währungsunion gehört. Das stimmt. Auch in Österreich waren die Lohnabschlüsse moderat und zwar, wenn ich das richtig sehe, weil sich die Sozialpartner in den Kollektivvereinbarungen ausgesprochen moderat verhalten haben. Die Arbeitslosigkeit ist aber deutlich niedriger als bei uns, weil auch die Binnenkonjunktur hervorragend, besser läuft. Ich vermute, dass sich hier der Vorteil des kleineren Landes auszahlt. Die Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Export schlägt sich offensichtlich positiver im Wachstum nieder als in einem etwas größeren Land, wo die Exportquote sich möglicherweise niedriger auswirkt. Und dann haben Sie eben auch keine deutsche Einheit zu schultern, bei deren Ausgestaltung wir sicher wirtschaftspolitische Fehler gemacht haben. Den größten habe ich vorhin angesprochen. Das ist die Frage der Finanzierung der deutschen Einheit wesentlich über die Sozialsysteme.

Wir müssen aus meiner Überzeugung in Europa dafür Sorge tragen, dass sich die Inflations- und die Wachstumsdifferenzen nicht weiter verhärteten und nicht weiter auswirken. Wir brauchen insbesondere eine Stärkung der Binnennachfrage im gesamten Euro-Raum. Und dazu müssen alle wirtschaftspolitischen Akteure ihren Beitrag leisten.

Worauf kommt es dabei an? Erstens müssen natürlich die Reformprozesse fortgesetzt werden. Das ist die Auseinandersetzung, die wir gegenwärtig sowohl in den Diskussionen meiner Partei im Vorfeld der Bundestagswahl führen, aber auch die wir in Deutschland insgesamt führen. Aber es müssen die für die Lohnentwicklung Verantwortlichen in allen Ländern Beiträge zur Preisstabilität in der Euro-Zone leisten, denn nur dann kann die Geldpolitik das Ziel der Preisstabilität bei möglichst günstigen monetären Rahmenbedingungen erreichen. Aus meiner Überzeugung ist die Geldpolitik gefordert, ihre Handlungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen, sofern keine Gefahren – und das ist zur Zeit so – für die Preisstabilität bestehen. Dass eine Zinssenkung zur Stützung der Konjunktur gerade auch aus deutscher Sicht, aber auch für den Euro-Raum, hilfreich wäre, ist aus meiner Sicht keine Frage. Aber die kann natürlich nur die EZB in ihrer Verantwortung entscheiden. Ich will nur darauf hinweisen. Die schwedische Notenbank hat gerade gezeigt, wie geldpolitischer Spielraum genutzt werden kann, der zugleich die allgemeine Wirtschaftspolitik unterstützt, ohne die Preisstabilität zu gefährden.

Auf der anderen Seite ist klar. Die Verantwortung für die Fiskalpolitik liegt weiterhin bei uns, bei den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Wir haben uns deshalb dafür eingesetzt, den Stabilitäts- und Wachstumspakt weiter zu entwickeln, elastischer zu gestalten, damit er wirtschaftspolitisch in vernünftiger Weise angewandt werden kann. Ich will ganz deutlich sagen. Wir sind froh darüber, dass sich die Finanzminister im März entsprechend verständigt haben. Diese Verständigung ermöglicht, dass die Wirtschafts- und Haushaltslage eines Landes jetzt besser und differenzierter beurteilt und die Tendenz zu pro-zyklischer Politik vermieden werden kann. Denn das ist ganz klar. Ein Heraussparen aus dem Defizit funktioniert im Abschwung eben erfahrungsgemäß nicht und sollte daher nicht durch formalisierte Defizitverfahren erzwungen werden. Der Pakt wird stärker auf die Sicherung der langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen ausgerichtet. Und das ist auch richtig so. Konjunkturell gute Zeiten müssen genutzt werden, strukturelle Defizite abzubauen. Und deshalb kann auch aus meiner Sicht von einer Aufweichung des Paktes nicht die Rede sein.

Was müssen wir in Europa weiter tun und zwar möglichst gemeinsam? Österreich und Deutschland sind dazu, wie ich meine, geborene Partner. Wir brauchen neben einer anderen Geldpolitik, für die ich werbe, wir brauchen neben einer Finanzpolitik, die sich so versteht,

wie ich es versucht habe darzustellen an Hand des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, vor allen Dingen eine europäische Technologie- und Industriepolitik, die der Tatsache Rechnung trägt, dass wir nicht vor allen Dingen in Europa unter einander in Wettbewerb sind, sondern dass dieser europäische Kontinent mit den anderen großen Kontinenten im Wettbewerb ist. Wir sind darauf nicht in ausreichender Weise eingestellt, ob Sie die Automobilpolitik, die Automobilwirtschaft nehmen oder die Chemieindustrie nehmen oder die Energiewirtschaft nehmen oder die Forschungspolitik nehmen. Wir verhalten uns national, jedenfalls in Deutschland, und international, europäisch im Verhältnis zu den anderen großen Weltregionen, als seien wir allein auf der Welt. Die Frage, ob die Industriepolitik, ob die Automobilpolitik im Verhältnis zu Japan in Europa ausreichend wettbewerbsfähig ist, oder ob wir der Automobilpolitik nicht zu viele Auflagen auferlegt haben, die teilweise auch in sich widersprüchlich sind, sodass sie im Wettbewerb mit Japan in Nachteil geraten kann, haben wir uns nicht gestellt. Noch etwas härter gesagt: es ist richtig – ich gelte zwar als jemand, der Umwelt- und Klimapolitik nicht die Bedeutung gibt -, man muss ihr die angemessene Bedeutung geben, man muss der Sozialpolitik die angemessenen Bedeutung geben. Aber sie muss in einem Verhältnis zu den großen Weltkonkurrenten, den Wettbewerbern aus den anderen Weltregionen stehen. In Kürze, in schon überschaubarer Zeit stehen wir im Wettbewerb mit China und anderen. Wir können keine Klimapolitik machen, die allein aus europäischer Sicht begründet ist. Sie muss im weltweiten Maßstab bestehen können. Deshalb habe ich die Hoffnung, dass wir zur Zeit in eine Renaissance der Industriepolitik kommen in Europa. Und wir in Deutschland müssen dies auch tun.

Wir haben 40 Millionen Menschen in der europäischen Industrie beschäftigt. Diese 40 Millionen Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen können und nicht Belastungen in überdimensionierter Form ausgesetzt sind wie andere nicht. Man kann vor anderen sein. Wir in Deutschland sind beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien ziemlich weit vorn. Wir werden im Jahr 2015 bei 20% Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion sein. Wir sind dann so weit. Aber man kann nicht so weit vor der Kohorte sein, dass man die Kohorte nicht mehr erkennen kann. Dann verliert man die Wettbewerbsfähigkeit. Und wir sind in etlichen Industriesektoren in Europa, nicht nur in Deutschland – nehmen Sie die Aluminiumindustrie als aktuelles Beispiel -, in einer Lage, in der wir den Wettbewerb mit anderen Weltregionen nicht bestehen können.

Das zweite Thema für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist sehr schwierig. Wir brauchen einen Binnenmarkt der Dienstleistungen. Ein Land wie Deutschland hat einen Dienstleistungsanteil an der Wirtschaft von 70%. Aber wenn Sie fragen, wo ist dieser Anteil denn im Export, im Austausch mit unseren Nachbarstaaten, dann liegt er bei 14%. Das heißt, wir beschäftigen uns in der Dienstleistung hauptsächlich mit uns selbst. Deshalb ist die Auseinandersetzung um die Dienstleistungsrichtlinie, so schwierig sie ist – Sie kennen die Stichworte, Herkunftslandsprinzip und andere -, zwingend. Wir müssen auch auf diesem Sektor die Wachstumskräfte und damit die Arbeitsplätze mobilisieren, die wir zur Zeit nicht in ausreichender Weise haben. Es spricht alles dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland auch in diesem Prozess gewinnen kann. Aber bemerkenswerter Weise bewegen wir uns in Deutschland zur Zeit in einer Diskussion, in einer Attitüde, die defensiv ist, die wirklich vorrangig die Risiken sieht solcher Prozesse und sich schwer tut, auch die Chancen zu erkennen. Das sind zwei Sektoren, von denen ich meine, dass wir sie in den Mittelpunkt rücken müssen.

Ich habe immer geglaubt an das, was in Lissabon vereinbart worden ist, dass wir durch eine große Kraftanstrengung wirklich die Chance haben, zur wachstumsstärksten, jedenfalls zur

innovativsten Weltregion zu werden. Und wenn wir wollen – und das ist meine Vorstellung von Europa immer gewesen –, dass dieses alte geschundene Europa wirklich so etwas wie eine friedliche Region wird, vielleicht sogar eine Friedensmacht, die in der Welt eine Rolle spielen kann - wir sind doch die Erfahrensten, wenn es um Konflikte geht, aber auch inzwischen Gott lob um die Lösung von Konflikten -, dass Europa dort eine Rolle spielen kann, dann werden wir dies nur können, wenn wir auch ökonomisch in eine entsprechende Situation kommen. Wir werden nur dann in der Welt eine unserem Land, unserem Kontinent angemessene Rolle spielen können. Dazu gehört, dass wir die Kräfte frei setzen, die Europa hat. Wer einmal die Leistungsfähigkeit der Grundlagenforschung in Deutschland, in Österreich, in Europa vergleicht mit der amerikanischen, der wird zu dem Ergebnis kommen, wir sind denen gewachsen, wir sind den anderen Weltregionen natürlich gewachsen. Aber es fällt uns schwer, erstens unsere Exzellenzcenters zusammenzubringen. Jeder für sich ist stolz auf das, was er oder sie hat, aber wenig wird in Europa so zusammengebracht, wie es auf dem amerikanischen Kontinent in wenigen, allerdings dann weltweit bedeutenden Forschungszentren gelingt. Warum bringen wir nicht unsere Universitäten besser zu einander, die Kompetenzen unserer Universitäten? Bei uns fällt es schon schwer, nur zwei Universitäten, die zehn Kilometer auseinander liegen, zu einander zu bringen und die Fähigkeit, die es dort gibt, zum Stärksten, zum Besten zu bringen. Das müssen wir in Europa zu Stande bringen. Das ist die Konzentration auf die Aufgabe, die in Lissabon gestellt worden ist. Das ist die Aufgabe, an der von Deutschland aus auch mitgearbeitet werden wird und an der wir von Deutschland auch unsere Beiträge leisten wollen mit Ihnen zusammen. Das verstehe ich als die Gestaltung Europas. Ich bin überzeugt davon. Gerade die junge Generation wird nur gewinnen können, wenn ihr klar wird, dass wir hier eine Chance einer Friedensmacht haben, die eine positive, produktive Rolle in der Welt spielen kann. Europa hat noch die Chancen.

Es gibt einen Volkswirt namens Weizsäcker, der an der Universität Bonn lehrt. Er hat gesagt, wir stehen in Europa vor der Frage, wollen wir ein Museum werden. Wenn wir nicht in der Lage sind, die Kräfte frei zu setzen, die wir in diesen Ländern haben, gewachsene Kräfte wie keine andere Weltregion, dann sind wir in dem Risiko, eine museale Veranstaltung zu werden. Jemand in meiner Generation wird da immer noch sein Auskommen finden. Ich kann dann am Rhein entlang führen und wunderbare Besichtigungen organisieren. Aber wir brauchen eine Antwort für die nächsten Generationen. Darum geht es in dem, was wir als Reformpolitik in Deutschland angelegt haben, und was in Europa, wie ich finde, fort gesetzt werden muss.

Schönen Dank für Ihre Geduld.

### **Anneliese Rohrer**

Danke vielmals Herr Minister für diese faszinierende Analyse. Das Format dieses Abends haben wir so vereinbart, dass hier am Podium Herr Bundeskanzler Vranitzky das Gespräch mit Herrn Minister Clement führen wird. Ich übernehme den Part des Publikums und werde mir erlauben, gegen Ende des Abends den Herrn Minister zu fragen, wie das denn nun sein wird am Freitag und was denn wirklich, sollte gewählt werden, was ja noch immer nicht sicher ist, mit Rot-Grün sein wird, und wie er die politische Entwicklung sieht. Ich nehme an, das ist das, was Sie wahrscheinlich auch sehr interessiert. Eine vorhersehbare Frage, deren Antwort mich brennend interessiert, wie ich Ihnen so zugehört habe. Sie haben mehrmals erwähnt das Akzeptanzproblem, die Vertrauenskrise, die Stimmung in Deutschland. Ich habe mir gedacht, bei allen wirtschaftlichen Fakten, die Sie genannt haben, das ist doch eigentlich ein zutiefst politisch-psychologisches Problem. Warum schafft es mitunter in gewissen Phasen die Politik nicht, die Psychologie des Ganzen so zu gestalten, dass es eben nicht zu

diesem Akzeptanzproblem kommt? Sie sind von all Ihren Reformen überzeugt. Warum gelingt es nicht oder gelang es nicht, die Leute mit zu nehmen?

### **Clement**

Ich habe dafür auch keine schlüssige Erklärung. Das ist ja das Problem der Politik und zur Zeit insbesondere meiner Partei und, wenn Sie so wollen, mein persönliches auch noch. Das ist sehr schwer zu erläutern. Wir haben uns in Deutschland sehr spät auf die neue Situation eingestellt, zu spät. Ich vermute, erstens weil wir über lange Zeit mit dem, was wir unter sozialer Marktwirtschaft verstanden haben, was aber sehr starke wohlfahrtsstaatliche Züge gehabt hat, sehr gut gefahren sind über sehr lange Zeit. Und wem es sehr lange Zeit so gut geht, wie es uns gegangen ist, der löst sich nur schwer aus dem und unterwirft sich nur schwer Änderungen, die vielfach doch wirklich auch Belastungen bedeuten, jedenfalls auf Zeit. Das zweite ist, wir waren dann sehr stark konzentriert in Deutschland auf die Aufgaben der deutschen Einheit. 1998 war der Regierungswechsel, dann hatten wir noch einen wirtschaftlichen Aufschwung, die new economy bis zum Jahr 2000, in der wir die Probleme nicht ausreichend klar gesehen haben, und haben erst nach der Jahrtausendwende zu reagieren begonnen mit der Agenda 2010, die dann das Signal gewesen ist, überraschend, hart, für deutsche Verhältnisse außerordentlich weit gehend. Es wird ja wirklich unterschätzt, was dort auf den Weg gebracht worden ist. Wir haben den Rentnerinnen und Rentnern beispielsweise sagen müssen, sie bekommen keine Rentenerhöhung in den nächsten Jahren. Wir haben nicht nur gesagt keine Rentenerhöhung im vergangenen Jahr, sondern wir haben gesagt, sie kriegen sogar eine reale Rentenkürzung. Das brauchen wir für die junge Generation. Reale Rentenkürzung hieß, sie müssen einen vollen Pflegeversicherungsbeitrag zahlen. Und wenn man das den älteren Bürgern sagt, ohne sie im Wahlkampf ausreichend auf diese Situation vorbereitet zu haben, weil wir sie zu spät analysiert haben, dann führt das zu Vertrauensbrüchen, wie wir sie erleben, und damit haben wir heute noch Probleme. Das ist eine der Antworten.

Wenn Sie die aktuelle Situation nehmen, ja wir haben das verdrängt in Deutschland. Ich weiß nicht, wie es in anderen Staaten ist. Ich wäre interessiert. Ich habe jetzt in Deutschland mit dem Arbeitsmarkt zu tun. Dass wir in der Sozialhilfe kommunal hunderttausende von Menschen hatten, die nirgendwo zur Vermittlung anstanden, junge Leute, 16jährige, 18jährige, 20jährige, 25jährige, die auf einmal aus der Sozialhilfe gewissermaßen zum Vorschein, ans Tageslicht der Arbeitsvermittler, gekommen sind, hat kein Mensch in Deutschland realisiert. Das ist aber ein Problem, das wir kommunal hatten. Es geht quer durch alle Parteien. Deshalb gibt es da nicht so großartige Verantwortlichkeiten zu verteilen. Ich kann das auch nur punktuell zu erklären versuchen, warum es so gekommen ist, wie es gekommen ist. Ich glaube auch letztlich, man wird mit Reformpolitik nur überzeugen, wenn man Erfolge vorweisen kann. Und die Erfolge sind jetzt noch zu knapp bemessen. Das gilt insbesondere für die Arbeitsmarktpolitik. Im 6. Monat demnächst 500.000 Arbeitslose weniger ist eigentlich nicht schlecht. Wir sind dann von den 5,2 schon eine ganze Ecke entfernt. Aber bis das Vertrauen in diesen Prozess gewonnen ist, dauert es möglicherweise etwas länger.

### **Rohrer**

Herr Dr. Vranitzky, haben Sie Verständnis für die Schwierigkeiten der Psychologie bei Reformen?

## Vranitzky

Großes Verständnis. Und zwar möchte ich mich gar nicht auf Deutschland allein beziehen oder darauf konzentrieren. Ich glaube, ein Versuch, diesem Thema, das uns hier so beschäftigt, auf den Grund zu gehen, müsste dort beginnen, dass wir in historisch unglaublich kurzer Zeit eine fantastische Überflutung des Publikums von und mit neuen Entwicklungen erleben. Das ist natürlich begünstigt durch die digitale Revolution, aber nicht nur durch diese. Und das führt dazu, dass die Staatsbürger in den europäischen Ländern bei relativ gutem Lebensstandard flutartig mit neuen Eindrücken, Impressionen, Reizen überschüttet werden. Es ist eine ziemlich natürliche Reaktion des Menschen, dann selektiv zu werden und zu sagen, was interessiert mich da eigentlich wirklich, was da so auf mich einströmt. Und dann kommt die andere Seite dazu, nämlich die Information gebende, die sich auch in dieser riesigen Flut hauptsächlich dann durchsetzen und behaupten kann, wenn sie den berühmten schnellen Sager hat. Und der berühmte schnelle Sager – man muss durchaus geschickt sein, um ihn parat zu haben – ist weit davon entfernt, Zusammenhänge wie die, die Herr Clement hier als Problem schildert, auch nur einigermaßen zu erläutern. Das führt dann wieder dazu, dass ich jedenfalls immer mehr Staatsbürger treffe, die mir sagen, mir ist das alles zu viel, mir geht das alles zu schnell, ich verstehe das eigentlich nicht. Und weil das so viel ist, müssen auch immer wieder in Wortschöpfungen Kurzfassungen geformt werden. Und die Kurzfassungen sind dann erst Recht unverständlich. Und wenn es dann auf die europäische Ebene geht und wenn dann durch die Luft fliegen Subsidiaritätsprinzip und blauer Brief und dritte Säule, das ist alles Sanskrit. Da entsteht Gleichgültigkeit gegenüber der Politik und wenig Aufnahmefähigkeit, sich der Erklärung eines Problems wirklich zu widmen. Das ist ein wichtiger Komplex.

Der zweite wichtige Komplex ist der, dass wir auf europäischer Ebene aber auch auf der nationalen Ebene für den politischen Diskurs in Wirklichkeit zu wenig gut gerüstete Instrumente haben. Ein Beispiel. Wenn jemand ein fantastisches Produkt ersonnen hat, von dem er sich verspricht, dass es gute Verkaufszahlen ergibt, dann ist das eine gute Voraussetzung. Wenn er aber keine Fabrik hat, dieses Produkt zu erzeugen, dann werden ihm seine besten Intuitionen nichts nützen. Was ist die Fabrik in unserem Fall? Die Fabrik in unserem Fall ist - in Deutschland, in Österreich und anderswo – eine politische Partei. Mitterrand hat einmal gesagt, politische Parteien sind so beweglich wie Öltanker, um einen Richtungswechsel zu machen. Und politische Parteien sind selbstverständlich inhaltlich und ideologisch präformiert. Da gibt es Beschlüsse, die fasst man, an die glaubt man. Und dann geht es dahin. Und wenn jemand was anderes sagt, sagt man in den politischen Parteien Moment, das haben wir nicht beschlossen, das ist nicht unsere Linie. Und wenn dann einer kommt und sagt, wir brauchen aber eine andere Linie, dann dauert das unendlich lang, bis dieses Tankschiff wenden kann. Ich habe heute von Herrn Minister Clement gehört - aber es war ja keine Überraschung, man kann das für viele andere Länder auch sagen -, in Wirklichkeit funktioniert diese Fabrik politische Partei deshalb so schwierig oder auch gar nicht, weil das, was wir schon immer gesagt haben, und das, was wir früher einmal beschlossen haben, so tief drinnen sitzt, dass wir Änderungen einfach nicht haben wollen. Daher kommt dann den Leuten, die in Regierungen sitzen, die Unterstützung aus den eigenen Reihen abhandeln. Nicht zuletzt, weil das auch bequemer ist.

Ein Beispiel aus dem Jahr 2000. Ich hatte damals mit dem Regierungsgeschäft nichts mehr zu tun, war aber zu einem Vortrag eingeladen in einer österreichischen Landeshauptstadt. Der Bürgermeister dieser Landeshauptstadt, ein Parteifreund, begrüßt mich, hat ein strahlendes Gesicht. Ich verstehe das nicht Recht, weil unsere Partei am Tag vorher aus der Regierung hinaus geflogen ist. Ich sage, wie geht es dir, und er sagt, mir geht es blendend. Ich erhebe

mich ein bisschen aus meiner Depression und sage, wieso geht es dir gerade heute blendend. Sagt er, weil wir jetzt diese ewige Regierungspolitik nicht mehr mit vertreten müssen.

Die Fabrik funktioniert so schlecht für kühne und für in die Zukunft gehende Ideen und Absichten. Dabei ist das ja nicht hier irgendeine Idee, wo ich sage, ich verwende jetzt anstatt eines Dieselmotors einen Benzinmotor. Sondern es geht darum, überhaupt einen Motor zu haben. Da erkenne ich einen großen Teil unseres Problems. Und das ist auch das europäische Problem. Denn diese nationale Fabrik funktioniert auf europäischer Ebene schon gar nicht. Und daher unterbleiben die gemeinsamen Schritte, die Clement richtigerweise gefordert hat. Und wo es keine gemeinsamen Schritte gibt, gibt es auch keine gemeinsame Kommunikation. Und wo es keine gemeinsame Kommunikation gibt, geht jeder seine eigenen Wege. Um Namen, die ja die Würze des Gesprächs sind, zu sagen. Es fährt ja nicht ein Vertreter der europäischen Automobilindustrie nach China, um dort über einen Automobilcluster zu verhandeln. Es fährt der Herr Schröder nach China, kommt zurück und zeigt stolz die Auftragsbücher her. Drei Wochen später fährt der Herr Chirac nach China, kommt zurück, zeigt stolz die Auftragsbücher her. Der Herr Schüssel war auch in China, hat vielleicht ein kleineres Auftragsbuch, aber er zeigt es auch freudig her. Wenn man dann mit Leuten aus China oder aus Russland redet, dann ist für die Europa nicht die EU, sondern das ist Berlin, das ist Paris, das ist London, in der Vorstellung einiger vielleicht Rom. Wir haben einen so unglaublich mühsamen Selbstfindungsprozess in der Politik, in der nationalen wie in der europäischen. Und weil das so ist, müssen wir uns für notwendige Anpassungen und Reformen fürchterlich anstrengen und unter Umständen sogar dabei auf der Strecke bleiben.

#### **Rohrer**

Nach Ihrer Version, Herr Dr. Vranitzky, könnte es, wenn die Umfragen in Deutschland jetzt nicht trügen, dem Herrn Minister bald sehr gut gehen. Ich weiß nicht, ob das in Ihrem Sinn ist, wenn er die Regierungspolitik dann nicht mehr vertreten muss. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann war das auch vorhersehbare Medienscheit am Anfang. Die Medien, die auf Sager aus sind, und daher die Politik verkürzt vermitteln und die Leute es nicht verstehen. Habe ich Sie da richtig verstanden?

#### **Vranitzky**

Wie lange kennen wir einander?

#### **Rohrer**

Wenn ich jetzt sage zu lange, ist es unhöflich. Aber lange genug, damit ich weiß, ich habe Sie richtig verstanden.

#### **Vranitzky**

Gut.

#### **Rohrer**

Sind Sie, Herr Minister, auch der Meinung, dass die Medien großen Anteil haben, wenn Sie von der mangelnden Akzeptanz reden?

#### **Clement**

Ich habe jetzt nicht die Absicht, den Medien irgend etwas zuzuschreiben, aber die sind natürlich alle Beteiligte eines großen Prozesses, eines Entwicklungsprozesses. Der wird ja nicht nur von der Politik gestaltet sondern von vielen. Der wird von der Wirtschaft gestaltet, und der wird auch von den Medien mit gestaltet, die natürlich für die Kommunikation zu



sorgen haben. Wir haben – das stimmt – ja keinerlei europäische Kommunikation. Wir haben auch keine europäische Öffentlichkeit. Das sind Mängel.

Lassen Sie mich an einem etwas anderen Punkt ansetzen. Die Menschen in Deutschland sind tief verunsichert. Das ist ja das eigentliche Problem. Die Leute sind verunsichert aus vielen Gründen. Die kann man ja auch analysieren. Aber auch in Österreich haben sie offensichtlich mehr Unsicherheit, als sie gehabt haben. Auch bei Ihnen steigt die Sparquote gewaltig. Die liegt bei ca 10%, wenn ich das richtig sehe. Wir in Deutschland nähern uns zur Zeit Rekordmarken von 12%. Woher kommt das? Das ist schon noch mal ein Nachdenken wert. Nehmen wir Thomas Gottschalk als einen Zeugen, der mir das neulich in einem Gespräch gesagt hat. In Amerika, sagt er, hauen wir das ganze Geld auf den Kopf, wir haben nichts auf der Kante und sind fröhlich, haben alle Schulden und sind fröhlich. In Deutschland, da haben wir alles auf der hohen Kante, wir sind eigentlich gut versorgt und jammern und gehen mit traurigem Gesicht durch die Lande. Woher kommt das? Warum haben wir die Zuversicht verloren, dass wir die Zukunft noch gestalten können in einer Zeit, die eigentlich für die Gestaltung der Zukunft die spannendste sein müsste. Wir haben die deutsche Einheit. Wir haben die europäische Einheit. Wir haben noch nie solche Gestaltungsmöglichkeiten gehabt wie jetzt. Wir waren sicherer, als wir vor der Mauer standen. Wir waren sicherer, als wir dort im Konflikt waren. Und wir sind heute, wo die Welt für uns offen ist, unsicherer als je zuvor. Und das ist die Phase, in der wir uns jetzt befinden. Und das schlägt ja in verschiedenen Indikatoren nieder. Ich weiß da keinen besseren Weg, als dass die Politik mutig diesen Prozess gehen muss, natürlich so kommunikativ wie möglich. Aber sie hat keine Wahl. Wir müssen das nächste Ufer erreichen. Das nächste Ufer ist die Gestaltung dieses Europa. Ich wüsste für junge Leute nichts Spannenderes als das.

Deshalb, um diese Frage aufzunehmen, ich habe nicht das geringste Problem persönlich mit meiner derzeitigen Aufgabe. Ich bin nicht gelöst, wenn ich da heraus komme. Sondern ich habe nichts mehr vor Augen als wirklich den Ehrgeiz das, was wir begonnen haben, was ich jetzt konkret im Arbeitsmarkt zu tun habe, das wirklich zum Erfolg zu bringen. Da ist nichts spannender als das. Ich muss nicht ein Leben führen in irgendwelcher Freiheit von irgendwelcher Kritik. Sondern das ist erregend, was wir da tun. Und das ist auch erst Recht in Europa erregend. Ich weiß nicht, worüber wir jammern sollten.

### **Vranitzky**

Wenn ich darf, füge ich dem hinzu, dass wir ein gravierendes Problem mit dem Zeitfaktor haben. Das heißt, genügend Zeit ist uns nicht gegeben, um mittel- bis längerfristige Methoden anzuwenden und dann noch in unseren Ämtern zu sein, wenn diese Methoden Früchte tragen. Es ist wahrscheinlich keine wagemutige Prognose zu sagen, wenn die verschiedenen Methoden, die auch hier und heute geschildert wurden, greifen, dann wird – ich wünsche mir das nicht, aber ich kann es nicht ausschließen – eine Regierung Merkel die Früchte davon haben. Ich meine auch, dass dieser Zeitfaktor sehr gravierend ist, schauen wir einmal in die Beitrittsländer. Ich glaube nicht, aber wenn dann können das nur ganz wenige sein, dass in den ehemaligen osteuropäischen Volksdemokratien nach der sanften Revolution 1989 eine Regierung noch einmal gewählt wurde. Die Ungarn haben ununterbrochen gewechselt. Polen, ich lese jetzt, die polnische Opposition liegt Meilen weit in den Umfragen vor der polnischen Regierung. In Tschechien haben wir ein einziges Mandat, wie Clement sagen würde, über den Durst. In Bulgarien haben wir diesen Sonntag erlebt, es gewinnen gar nicht die Oppositionellen, sondern die Regierungen werden abgewählt. Das ist aber auch ein Zeichen dafür, dass ihnen Zeit nicht gegeben wird, oder dass sie es einfach aus dem System heraus nicht haben. Tony Blair sagt jetzt zu Recht, und alle Zahlen, die man über Großbritannien

lesen kann, belegen das, eine der stärksten Volkswirtschaften Europas zu haben. Ja, aber das ist sie auch nicht gewesen in den ersten zwei Jahren der Regierung Blair. Sondern das ist im Lauf der Zeit geschehen, und wahrscheinlich muss man da auch noch hinzufügen etliche Nachwirkungen aus der konservativen Regierung. Aber das ist möglich gewesen, ich behaupte auch, weil der Zeitfaktor durch das britische System eher entlastet und entspannt wird als durch das kontinentaleuropäische System. Es ist wahrscheinlich nicht leicht denkbar, dass jemand wie Blair eine so deutliche Mehrheit drei Mal, auch wenn die letzte etwas schwächer war, heimbringen kann im Vergleich zu kontinentaleuropäischen Ländern. Der Zeitfaktor ist natürlich auch für das Clementsche Plädoyer Europa so wichtig. Wir können nicht damit rechnen, selbst wenn sich die 25 Regierungen und die Kommission auf einen konstruktiven gemeinsamen Weg in einigen Schlüsselfragen einigen, dass wir die gravierenden Probleme wie etwa steigende Arbeitslosenzahlen oder mangelndes Wirtschaftswachstum oder schwächelnde Sozialsysteme von heute auf morgen regeln können. Es braucht Zeit. Und natürlich Zeit ist auch eine Funktion der Überzeugungskraft und der Überzeugungsgabe der politischen Wortführer.

### **Rohrer**

Herr Dr. Vranitzky, wenn ich Ihnen so zuhöre bei ihrem Plädoyer für die Zeit, dann komme ich noch einmal auf die Frage zurück, auf die Stimmung, auf das Klima. Blair hat ja die ersten vier Jahre wenig von dem getan, was er versprochen hat. Dann hat er gesagt, gebt mir noch eine Chance. Und er hat ja eigentlich wieder gewonnen wegen dieses bestimmten feel good Faktors. Ganze Theaterstücke wurde darüber geschrieben zum Gaudium der Briten. Das scheint mir doch der Kern. Warum gelingt es nicht – und wahrscheinlich haben Sie in dem halben Jahr, wenn wirklich im September gewählt werden soll, auch die Zeit nicht mehr -, bei allen Problemen diesen feel good Faktor zu erzeugen? Es ist doch so, dass die Stimmung in Deutschland viel schlechter ist als die Lage. Wenn ich Präsident Scholten und Ihnen zugehört habe mit den Zahlen, dann fragt man sich, warum ist die Stimmung so mies? In Österreich ist sie wahrscheinlich besser als die Fakten im Moment.

### **Clement**

Unzweifelhaft, die Stimmung in Deutschland ist schlechter als die Situation. Die Substanz der deutschen Volkswirtschaft ist außerordentlich kräftig. Wir haben zur Zeit die amerikanischen Finanzinvestoren im Land, die ein Unternehmen nach dem anderen aufkaufen wollen. Warum? Ja weil die deutschen Unternehmen gut sind, aber unterbewertet am Markt. Wir verkaufen uns unter Wert zur Zeit, buchstäblich und im übertragenen Sinne. Das ist zur Zeit in Deutschland die Situation. Warum ist das so? In Wahrheit muss man, glaube ich, sagen, auch Tony Blairs Wahlsieg war ja gemessen an unserem Wahlsystem nicht so berauschend. Es gibt kaum eine Regierung in Europa, die unangefochten ist, gleich welcher politischen Couleur. Wenn ich das richtig sehe, außer der spanischen steht keine so da, dass sie nicht in der nächsten Runde abgewählt werden würde. Das hat etwas mit den Veränderungen zu tun. Wir sind offensichtlich old Europe. Wir tun uns schwer mit den Veränderungen. Wir haben uns eingerichtet in der Situation, in der wir sind. Ich könnte es in Berlin ja beschreiben von Straßenzug zu Straßenzug, wie sehr man noch in der bisherigen Attitüde ist und welche emotionalen Differenzen und Dissonanzen noch bestehen zwischen West und Ost. Ich habe immer den Eindruck, wir sind über Generationen in diesen Systemen so gewachsen. Jetzt meine ich nicht nur im demokratischen System sondern in unseren Kulturen. Es fällt uns sehr schwer, uns auf Neues einzustellen. Aber das, was kommt, ist völlig anders. Die Welt ist völlig anders. Die nächste Weltmacht heißt China oder Indien. Man glaubt nicht, dass ein Land wie Indien, wenn man da durch führt, auf einmal eine solche Dynamik erreichen kann, die es hat. Unter 7% Wachstum gilt als Schwäche. Mit diesen gewaltigen Differenzen zwischen arm und reich. Die werden uns herausfordern. Die fordern uns heute schon heraus.

Und diese Vorstellung ist für Staaten, die wir glaubten, wir seien die Besten der Welt, sehr schwer. Das ist genau so schwer wie im Kleinen gesprochen die Erkenntnis für uns Deutsche nach der Pisa-Studie, dass wir gar nicht die Bildungsnation Nummer 1 sind auf der Welt. Wir haben immer gedacht Goethe, Schiller und dann kommen wird. Und auf einmal stellt sich heraus, nein, wir liegen auf Platz 18 oder 19 oder 20. So. Wir sind auf einmal weltweit im benchmark. Das ist nicht nur die Volkswirtschaft, das ist das Steuersystem, das ist das Sozialsystem, das ist das Bildungssystem, alles ist weltweit offen für jeden. Jeder kann alles messen. Und dann stellen wir fest, wo wir stehen. Und wir wissen, wir werden dort nur stehen, wo wir heute sind, wenn wir in diesem benchmark prinzipiell mindestens einen der ersten 10 Plätze belegen. Die drittstärkste Volkswirtschaft der Welt wird das nur bleiben können, wenn sie in diesen Fragen, die ich gerade angesprochen habe, einschließlich der neuen Technologie mindestens auf Platz 3 ist.

### **Vranitzky**

Angesichts dieser Szenarien, nämlich China wird kommen, Indien wird kommen oder ist schon da, habt ihr in Deutschland eine Art Renationalisierungsdrang aus der Integration heraus? Bei uns gibt es das. Ich habe schon viele bemerkenswerte Sätze in meinem Leben gelesen, aber einer der bemerkenswertesten oder seltsamsten ist, Österreich ist das bessere Deutschland. Einen größeren Unfug habe ich schon lange nicht gehört. Aber hinter dem steht ja, schaut uns an, machen wir doch gewisse Dinge wieder selber, wozu brauchen wir diese Integration und alle diese Sachen, wo wir uns doch vorher viel besser gefühlt haben. Das ist das, was du auch sagst mit der Berliner Mauer.

### **Clement**

Das ist bei uns auch. In Österreich verstehe ich das schon. Österreich steht gut da und denkt, man kann das konservieren. Nichts ist zu konservieren. Ich glaube, das spielt eine Rolle. Bei uns wurde es am deutlichsten, als eines Tages irgendein Gerücht aufkam und in der Boulevardpresse sofort verbreitet wurde, die Deutschen denken darüber nach, aus der Währungsunion auszusteigen. Bei allem, was ich vorhin gesagt habe zu den negativen Wirkungen, die man auch nicht unterschätzen darf. Was ich dann sage, ist ein Plädoyer dafür, dass die Europäische Zentralbank, wenn die Stabilität gesichert ist, auch das Wachstum sichert. Warum gehen die amerikanische, die japanische und auch jetzt die schwedische Notenbank anders vor als unsere? Aber ich käme nicht auf die Idee zu sagen, wir müssen aus der Währungsunion. Wir profitieren davon. Wir exportieren immer noch 60% in die Europäische Union. Aber auf einmal gründen wir eine Diskussion, wir gehen zurück in die D-Mark. Es war sofort schlagartig das Thema. Das ist natürlich eine Fehlleitung sondergleichen. Aber das ist vorhanden. Das ist der Versuch, sich wieder auf die kleinere Einheit zu besinnen, weil man den Eindruck hat, man kann sich irgendwie vor der Welt schützen. Aber es gibt keinen Schutz davor. Der einzige Schutz ist, dass wir einen Schritt schneller sind als andere, jedenfalls gemessen an unserem Lebensstandard. Und das können wir. Es hat keine andere Region auf der Welt bessere Voraussetzungen als wir. Aber wir haben das Vertrauen, dass wir das besser können und dass wir einen Schritt schneller sein können, zur Zeit offensichtlich verloren. In uns selbst. Es ist nicht nur die Politik. Es ist das Vertrauen in uns selbst, das angeknackst ist. Das müssen wir zurück gewinnen. Wir haben nicht amerikanische – meine Tochter, die in Amerika lebt, würde sagen – Naivität. Aber zur Naivität passt sehr gut auch ein Schuss mehr Zuversicht, als wir uns in Europa und insbesondere wir uns in Deutschland gestatten.

### **Vranitzky**

Ich könnte mir vorstellen, wenn man die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts anschaut, dass auf Grund dieser unfassbaren Katastrophen, zwei Weltkriege und eine

fürchterliche Zwischenzeit, hier etwas gewachsen ist, nämlich von den staatlichen Einrichtungen her Schutz und Geborgenheit zu verlangen und zu erwarten. Jetzt kann man natürlich einwenden, das ist schon so lange her, wie lange wollt ihr noch geschützt und geborgen sein. Aber ich meine, das verpflanzt sich von Generation zu Generation. Und ich glaube, dass auch hier ein anderes Staatsverständnis gegeben ist als in den USA. Weil wir von der europäischen Ebene – und ich tue das immer noch, obwohl ich es bald nicht mehr beweisen kann oder belegen kann – mehr erwarten, was nicht missverstanden werden darf. Die europäische Ebene kann nicht die nationalstaatlichen Verantwortungen aufheben. Aber die europäische Ebene könnte und sollte doch verstanden werden als ein noch auszuarbeitender, gemeinsamer Weg von 25 Regierungen plus eine Kommission.

Meine böse Ahnung ist, dass diese 25 Regierungen nicht - jedenfalls nicht alle, ich glaube auch nicht die Mehrzahl - an einer wirklich gut funktionierenden Kommission und an einem gut funktionierenden Verhältnis der Regierungen zu Kommission wirklich interessiert sind. Ich habe das selber erlebt. Ich habe die letzten 2 Jahre des Jacques Delors erlebt, der als Präsident der Kommission über jede Anfechtung erhaben war, und danach ging es los. Es kamen immer wieder nur Kompromisskandidaten, kleinste gemeinsame Nenner usw. Unter den vielen kleinsten gemeinsamen Nennern – ich fürchte, den Herrn Barroso gleich mit einschließen zu müssen – ist natürlich eine Art politischer Respekt der nationalen politischen Institutionen vor dieser Kommission weg. Und die Kommission hat aber sehr präzise und sehr umfassende und umfangreiche Aufgaben, nicht zuletzt die der Koordination der von den einzelnen nationalen Regierungen vorgetragenen Prioritäten. Das funktioniert leider gar nicht. Und dann kommen diese fürchterlichen Katastrophen zustande, dass irgendeine Regelung der Kommission isoliert dargestellt wird. Und das erntet dann Empörung oder Gelächter oder Ablehnung. Hier ist nicht wirklich ein in sich gegossenes Ganzes, welches natürlich auch nicht immer 100prozentig funktioniert. Welche Politik tut das schon? Aber die Sichtbarkeit für den europäischen Bürger ist einfach nicht gegeben. Ein abgedroschenes Beispiel. Wenn Sie in einem Vortrag in Niedersill im oberen Pinzgau sagen, die Kommission hat nichts besseres zu tun, als sich mit Gurkenkrümmungen zu befassen, dann werden die Leute lachend applaudieren und sagen, der hat Recht. Erstens hat sich die Kommission mit den Gurkenkrümmungen überhaupt nicht befasst. Und zweitens ist die Bitte der europäischen Gemüsebauern gewesen, keine besonders engen Radien für die Gurken zuzulassen, weil die sonst nicht in die Schachteln hinein passen, mit denen die Gurken von Griechenland nach Mitteleuropa gebracht werden. Das ist der ganze Gurkenzauber. Aber die Leute sind begierig, das als Blödsinn der Kommission aufzunehmen und sich darüber zu mokieren. Das ist jetzt ein nicht sehr bedeutendes Beispiel. Aber es gibt sehr viel bedeutendere Beispiele, wo man wirklich beklagen muss, wie viel Energie, wie viel politische Investition da wirklich hinein fließen, und am Schluss kommt heraus, naja, eigentlich treten wir aus dem Euro aus.

### **Clement**

Das ist der Grund, weshalb ich der Meinung bin, dass wir diesen Lissabon-Prozess als eine Chance begreifen müssen. Der ist die eigentliche Chance. Der war ja der Versuch, lasst uns auf das Wesentliche konzentrieren. Das Wesentliche zur Zeit in Europa ist Wachstum, mangelndes Wachstum im Vergleich mit den anderen Regionen, und ist Beschäftigung. Und wir sind in der Lage durch die Koordination dessen, was die Staaten tun, mit dem, was die Europäische Union tun kann, wenn wir uns auf das Wesentliche konzentrieren, das zu erreichen. Da bin ich übrigens, was die gegenwärtige Kommission angeht, mit Verheugen, der die Industriepolitik macht, einer Meinung. Wir haben da durchaus Zielsetzungen und auch Ansätze, da konkreter zu werden, als wir je gewesen sind. Also weg von der Gurkenkrümmung zu kommen und wirklich auf die entscheidenden Fragen zu kommen. Wie steht die Automobilindustrie da in Europa? Welche Auflagen haben wir? Das sind

Umweltauflagen. Das sind Gewichtsaufgaben. Das sind Sicherheitsauflagen. Wenn man die addiert, in Kosten umsetzt, kann die europäische Automobilindustrie im Verhältnis zu Japan ins Schleudern kommen, und sie ist es auch, wer sich die Erfolge anschaut von Toyota im Verhältnis zu den europäischen Mittelklassewagen. Wir haben die Chance.

Und dann will noch eines sagen. Ich bin auch ein Stück entgeistert, denn ich bin wirklich von einer bestimmten Idee ausgegangen - und das kann man dann eben auch als naiv ansehen. Wir haben in Deutschland eine wunderbare Diskussion, was ist Europa jetzt. Und da hat unser Verfassungsgerichtshof gesagt, das ist ein Ding für sich selbst. Das ist irgendwo zwischen Staatenbund und Bundesstaat. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe es eigentlich für selbstverständlich gehalten, stelle aber jetzt fest, dass das völlig abseitig ist - noch ist -, dass wir wirklich ein Bundesstaat werden. Ich bin immer davon ausgegangen als Deutscher, weil wir eben ein Land sind nicht nur historisch so, wie wir da stehen, sondern eines mit neuen Nachbarn, in denen die einzelnen Regionen sich ja längst über die Grenze hinweg orientieren. Baden-Württemberg hat doch sehr viel mehr mit der Schweiz und Frankreich zu tun als mit Berlin oder mit Brandenburg. Nordrhein-Westfalen und Benelux, das ist eine große Wirtschaftsregion. Wir sind doch eigentlich in einem Prozess der Europäisierung, wo es selbstverständlich ist – für mich war es immer selbstverständlich -, dass dieser Prozess der Europäisierung zu einem Bundesstaat führen muss. Aber ich würde gar nicht wagen außer jetzt hier in einem solchen Kreis wie heute, das zu sagen, weil ich Sorge haben müsste, die Leute kriegen Angst, der will uns den Nationalstaat nehmen, der will uns unsere Fußballnationalmannschaft wegnehmen oder so was ähnliches. Aber wir müssen diesen Prozess hin bekommen. Ich finde es auch hoch attraktiv. Ich will ja nicht auf meine Herkunft verzichten. Ich will nicht auf meine familiäre, regionale, nationale Herkunft verzichten. Aber ich möchte gerne, dass wir hier ein solches Europa bauen, weil wir anders, die nächsten Generationen jedenfalls, in der Welt nicht bestehen können. Das wissen wir. Und deshalb liegt mir sehr daran, dass man diese Schreckensphase, die wir im Moment durchleben, durchsteht. Es stimmt schon. In den Niederlanden, die haben doch nicht gegen die Verfassung gestimmt. Die haben gestimmt gegen die Ausländer und dagegen, dass da demnächste ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommen wie bei uns in Deutschland. Und in Frankreich ist es ähnlich. Das ist eine wirklich schwierige Phase, in der wir mehr Orientierung brauchen, auch den Mut meines Erachtens, stärker wieder zu Europa zu stehen, als wir das zur Zeit tun. Wir können uns nicht leisten, Europa als eine bürokratische Veranstaltung abzutun. Die anderen warten nicht. Ich glaube nicht, dass die USA auf diesen Prozess so gut vorbereitet sind, wie es zur Zeit die Wachstumsraten von Amerika zeigen. Aber ich muss wirklich sagen, jeder, der zurück kommt aus China, aus Indien, aus Brasilien, aus Südostasien, der muss sich sagen, das können wir nur durchstehen, wenn wir die Kräfte wieder frisch mobilisieren. Und wir haben es ja schon Mal geschafft.

### **Vranitzky**

Wir müssen aber wahrscheinlich noch einen Gedanken hinzu fügen. Der mag heute Zukunftsmusik sein. Nämlich gemeinsame europäische Politik ja, aber welche? Da könnte man jetzt das etwas provokante Müntefering-Beispiel aufgreifen und sagen, für eine große Zahl europäischer Arbeitnehmer ist es schon ein Problem, in den Zeitungen zu lesen, dass die Unternehmung, in der sie beschäftigt sind, heuer einen Rekordgewinn gemacht hat, dass aber gleichzeitig mitgeteilt wird, Lohnerhöhungen wird es heuer keine geben, weil wir müssen uns konsolidieren. Liest er dann noch die Finanzseite seiner Zeitung, wo die Börsenkurse aufgeschrieben sind, und sein Vorstandsvorsitzender hat in der Bilanzpressekonferenz mitgeteilt, nächstes Jahr müssen 3.000 Leute gehen, und darauf hin schnellt der Aktienkurs in die Höhe, dann, muss ich sagen, müsste man ja blind und taub sein nicht zu verstehen, dass das einen jeden Arbeitnehmer natürlich absolut dagegen eingestellt machen muss. Jetzt

kommen wir dann sofort wieder in die Klischee-Abteilung. Und da wird ihm bewusst oder vielleicht sogar gesagt, na kein Wunder, EU oder Globalisierung oder beides. Dem muss man Rechnung tragen. Möglicherweise wird es an einem bestimmten Tag, den ich nicht weiß, im Europäischen Parlament vielleicht oder auf einer anderen politischen Bühne schon wesentlich sein zu sagen, hier gibt es ein politisches Gewicht von links, welches dafür eintritt, sich diesen Mechanismus sehr genau zu überlegen, um nämlich nicht das Vertrauen der großen Zahl der unselbstständig Erwerbstätigen in das Modell zu verspielen. Das ist die eine Seite. Ich halte es für eine politisch eminent wichtige Angelegenheit.

Die zweite Seite hängt mit dem ersten Punkt zusammen. Die Befrachtung unserer Erzeugungskosten und damit unserer Angebotspreise mit Umweltkosten und mit sozialen Kosten. Das ist ein dicker Fisch. Wenn man es nur von der Preis vergleichenden Wettbewerbsseite her sieht, wird man vielleicht zu dem Ergebnis kommen, weg mit irgendwelchen Umweltinvestitionen und die Sozialkosten so gering wie möglich, damit ich mit den Erzeugern in Singapur konkurrenzfähig bin. Hier setzt aber etwas anderes ein, nämlich doch ein ideeller Schwerpunkt. Wie wollen wir es denn haben? Wollen wir nicht doch in der Endabrechnung so manches für unsere Umwelt und für unsere soziale Sicherheit tun? Wenn diese Frage bejaht wird, dann muss man sich wieder anschauen, können wir trotzdem wettbewerbsfähig sein auf den Weltmärkten? Hier wird ein Umstand übersehen, nämlich wie groß wir selber sind. 450, 455 Millionen Menschen leben derzeit in den 25 Staaten der Europäischen Union. Das ist mehr, als in Russland leben. Das ist mehr, als in den USA leben. Selbst wenn ich sagen muss, dass die Lebensstandardentwicklungen in den 25 natürlich noch ziemlich heterogen sind, dann kann ich aber doch auf der anderen Seite nicht einfach darüber hinweg sehen, dass 450 Millionen Menschen ein Marktpotenzial sind, ein Nachfragepotenzial. Und wenn es gelänge – und ich glaube, das muss gelingen, wenn wir hier so engagiert und so begeistert sind wie du in deinem Schlusswort -, dann erreichen wir nämlich den gewünschten Standard.

Wenn man das durch denkt und hoch rechnet, dann kommt man auch zu anderen Ressourcenmöglichkeiten etwa für die Bildungsaufgabe. Wir haben ja heute das Problem, dass gut Ausgebildete, sogar akademisch ausgebildete Menschen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt keine Arbeitsplätze finden, die einem gut ausgebildeten Akademiker entsprechen. Wenn mich ein Taxler von Sievering am Stephansplatz fährt und ich erzähle ihm was über Bildung, dann sagt der, hören Sie, ich bin voll ausgebildeter Akademiker und weit habe ich es gebracht, ich muss Taxi fahren. Dann kann ich dem keine vernünftige Antwort geben. Da spielt wieder der Zeitfaktor mit hinein. Aber da gehört auch ein bisschen Leadership dazu. Da muss man in unserer politischen Parteienfabrik auch genügend Leute haben, die das mit glauben und mit vertreten und somit als politische Ansage weiter geben. Man wird von Alltagssorgen nie ganz weg kommen, aber wird es doch auch zu einer gewissen Erkenntnis bringen, dass es zu den Alltagssorgen immerhin Zeit übergreifende und Raum übergreifende Perspektiven gibt.

### **Clement**

Nur wenige Bemerkungen, dir mir dazu einfallen. Vor wenigen Tagen in einer Begegnung – wir haben das jedes Jahr einmal – mit dem österreichischen und dem Schweizer Wirtschaftsminister bzw. Bundesrat, Deiss. Als ich mich vorbereitet habe, habe ich ein bisschen gelesen über Deiss, der ja auch Mal die Rolle des Bundespräsidenten hatte in der Schweiz. Da fand ich in seinen Aufsätzen etwas über den Produktionsfaktor Ethik. Das ist natürlich eine berechtigte Erwartung, die wir an Management, an Unternehmensleitungen, an Unternehmer haben, dass sie in ihrem Geschäft, in ihren Aufgaben so etwas wie moralische, ethische Grundsätzen gelten lassen. Bei uns hat Jochen Vogel zu Recht gesagt, in früheren

Zeiten hatten wir in Deutschland die Situation, dass der Manager eines Unternehmens über den Daumen gepeilt das fünfzehn bis zwanzigfache verdiente eines Facharbeiters seiner Branche. Heute sind wir in Größenordnungen, das kann ich kaum noch aufschreiben. Das ist ja wirklich widernatürlich geworden. Und man muss sich auch messen lassen mit seinem eigenen Tun. Wenn ich ein Unternehmen führen will, muss ich natürlich mich auch bestimmten Maßstäben unterwerfen, muss ich bestimmte Maßstäbe an mich selbst anlegen. Das ist eine der Antworten. Dann sage ich in manchen Diskussion, wir brauchen auch so etwas wie einen Patriotismus der Unternehmen. Die sind in Deutschland groß geworden, nicht wenige. Also erwarte ich, dass sie da, wo sie groß geworden sind, auch eine gewisse soziale und regionale Verantwortung haben. Das habe ich in einer Diskussion mit einem Unternehmer von Siemens, gesagt. Der sagt, ist in Ordnung, sie verlangen von uns Unternehmern Patriotismus, aber ihr, die Kunden, ihr seid auch nicht patriotisch. Dann bin ich mich tief besinnend nach Hause gegangen und habe nach geguckt. In der Tat, 32% des deutschen Kraftfahrzeugparks sind nicht aus Deutschland. In Ostdeutschland sind es 52%. Die Waschmaschinenindustrie und die Kühlschranksindustrie haben ziemliche Probleme. AEG, Telefunken wollen dicht machen. Schwedischer Besitz, aber deutsche Produktion. Also die wirklichen Qualitätsmarken kommen in Gefahr auf diesem Sektor. Jetzt kommen Türken, demnächst kommen Chinesen auf diesen Markt mit diesen Produkten. Ich will mit diesem Hinweis nur sagen, man muss natürlich mit seinen Erwartungen sich auch wiederum am globalen Prozess orientieren. Und natürlich muss ein Unternehmen aus Deutschland mit diesen Produkten sich auch im Weltmarkt bewegen und gegebenenfalls in China produzieren oder sonstwo. Das ist nicht so leicht zu beantworten. Es ist sehr schwer, darauf pauschale Antworten zu finden.

Das dritte, was mir einfällt dazu ist unsere Introvertiertheit. Ist es eigentlich richtig, dass wir uns in Europa einen ziemlichen Wettbewerb leisten? Österreich ist zur Zeit im Verhältnis zu Deutschland in einem gewissen Vorteil. Mit Körperschaftssteuer und solche Dinge. Ihr macht ja auch ein bisschen Werbung bei uns in Bayern. Das ärgert unsere Bayern. Aber das ist auf die Dauer sehr Ernst. Wir sind sehr stark mit uns selbst beschäftigt. Wir bringen uns selbst gegenseitig in eine Situation, in der wir nicht ausreichend in der Lage sind, auf die Dauer die öffentlichen Aufgaben, die wir haben, auch ausreichend erfüllen zu können. Wenn dieser Prozess ungebremst so weiter geht, wie er zur Zeit geht – das sage ich nicht, um aus Deutschland zu jammern. Wir stellen jetzt auf Unternehmensbesteuerung um. Wir werden dann mit der Unternehmensbesteuerung in die Wettbewerbsfähigkeit hinein kommen. Wir werden noch weiter runter gehen müssen, wenn es darauf ankommt. Dann machen wir es wie die Schweden. Ihre Unternehmen, die wettbewerbsfähig sein müssen im internationalen Vergleich, müssen die niedrigst möglichen Steuern haben. Dann muss ich die Unternehmenssteuern von den Einkommenssteuern trennen. So, dann müssen wir uns darauf einstellen. Nur, macht das Sinn, was wir da betreiben? Das geht beispielsweise mindestens bis hin zur der Frage, wie machen wir es mit der Bemessungsgrundlage? Da sind wir ja ein bisschen dran, die Finanzminister. Über Jahre diskutieren wir das. Wir bringen uns selbst ja ein bisschen in Probleme, und das ist jetzt sehr vorsichtig gesagt.

Wir brauchen aber auch gemeinsame Standards. Ich beschäftige mich ziemlich viel jetzt auch schon fast privat mit Stammzellenforschung. Ich habe mich irgendwann dafür interessiert und bin dem ein bisschen verfallen. In Deutschland haben wir strengste Regelungen für die Stammzellenforscher. 50 Kilometer von Bonn entfernt sitzen die Stammzellenforscher, mit denen ich zusammen war. In Belgien ist alles erlaubt, was in Deutschland nicht erlaubt ist. Wir haben Grenzen immer noch in Europa aufgebaut, die uns am Erfolg hindern. Deshalb glaube ich, dass es stimmt: wir sind ein gewaltiger Markt. Die Amerikaner nutzen ihren Markt. Sie schützen ihn auch nicht ganz unintelligent. Wir nutzen unseren Markt nicht

ausreichend. Und wir nutzen ihn vor allen Dingen nicht im Welt weiten Vergleich. Und deshalb glaube ich, dass wir hier in Europa auf diesem Feld zu Veränderungen kommen müssen. Es geht nicht nur um steuerrechtliche Standards. Wir brauchen bis hin zu ethischen Standards ein Verständnis in Europa. Das ist der Grund, weshalb ich der Meinung bin wie du, dass das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit ein großes Handicap für uns in Deutschland, in Europa ist.

### **Vranitzky**

A propos Bayern. Der Namensgeber unseres Forums ist sehr gerne nach Bayern gereist. Und auf die Frage, warum er dort so gern hin fährt, hat er gesagt, weil das ist nicht mehr Österreich und noch nicht Deutschland. Aber ich möchte noch einmal, Frau Dr. Rohrer, auf diese Sager zurück kommen, um mich auch ein bisschen dem Vorwurf der Medienschelte zu entziehen. Einer der Sager ist ja, wir müssen uns in Europa nicht zuletzt deshalb verstärken, um politisch mit den Amerikaner gleich zu ziehen. Ich habe das getestet bei meinen verschiedenen Streifzügen, wo ich über diese Themen etwas erzähle und dann diskutiere. Dieses politisch Gleichziehen mit den Amerikanern ist in Wirklich ein ziemlich unseliger Sager. Weil die meisten, insbesondere die jungen Leute sagen darauf, was soll das, was sollen wir mit denen gleich ziehen, wir wollen kein Junkfood, wir wollen keine smog cities, wir wollen eine ordentliche Sozial- und Krankenversicherung und nach Irak wollen wir auch nicht. Damit ist das Thema Amerika abgehakt. Wieder einmal so ein Schlagwort.

Wenn du sagst, die Deutschen kaufen nur 68% deutsche Autos. Da sind wahrscheinlich 88% nicht-deutsche Teile drinnen. Ich habe das vor kurzem besprochen mit einem, der hat gesagt, ich kaufe nur deutsche Autos. Mein Großvater hat Volkswagen gekauft, mein Vater, ich kaufe auch nur Volkswagen. Z.B. Getriebe, Kurbelwelle und alles mögliche wird im ehemaligen Jugoslawien erzeugt.

### **Clement**

Ich bin ja auch nicht dafür, dass wir jetzt sagen, made by Germans, und mache das mit aller Wucht. Sondern ich sage nur, wir müssen uns bewusst sein dessen, wo wir leben in der Globalisierung. Wir leben mit der Globalisierung. Wir leben von der Globalisierung. Aber wir wehren uns gleichzeitig gegen die Globalisierung. Das ist der Prozess, in dem wir sind, und von dem ich meine, dass er auf die Dauer nicht gelingen kann. Wir müssen deshalb aus dieser Haltung heraus finden. Das ist der einzige Grund, weshalb ich das erwähne und meine, wir sollten hier zu einer Veränderung kommen.

### **Vranitzky**

Wir haben zur Renationalisierung immer einen durchschnittlichen österreichischen Haushalt heran gezogen. Mann und Frau, in der Früh trinken sie Kaffee oder Tee, der bekanntlich nicht in Österreich gedeiht. Sie trinken Orangen- oder Grapefruitsaft dazu, der auch nicht in Österreich gedeiht. Die Semmel oder das Brot wird schon österreichisch sein. Bei der Butter kann es ohne weiteres dänisch sein. Dann setzen sie sich in ihre Autos, Hauptauto, Zweitauto, ein Toyota und ein Suzuki, und fahren in ihre Arbeitsstätten. Der Mann ist in der Exportabteilung eines österreichischen Anlagebauers beschäftigt und liefert überhaupt keine einzige Schraube an einen österreichischen Markt sondern ins Ausland. Zu Mittag hat er Geschäftsleute, mit denen geht er in die italienische Pizzeria zum Mittagessen. Am Nachmittag macht er seine Arbeit fertig. Am Abend fährt er noch vorbei beim Reisebüro, um Prospekte für die nächste Urlaubsreise nach Tunesien zu holen. Und dann setzt er sich mit seiner Frau hin, viel essen wollen sie nicht mehr, daher nur ein Stück Salami, die aus Ungarn kommt, drehen den B&O Fernseher auf. Und wenn sie gemütlich im Bett liegen, sagt er, siehst du, wie gut, dass wir nichts mit dem Ausland zu tun haben.



## **Clement**

Die Tatsache, dass deutsche Autos zu einem Gutteil im Ausland gebaut werden, ist in Ordnung. Das sichert den Preis und macht die hohe Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik zur Zeit beispielsweise auf diesem Sektor aus. Und der Ertrag, den wir erzielen, wir haben einen Exportzuwachs von 10%, ist größer als das, was wir durch die Produktionsverlagerung erhalten. Es ist schwer vermittelbar, wenn man in einem Unternehmen arbeitet, in dem das stattfindet, aus dem heraus die Verlagerung stattfindet. Ich habe beinahe jeden Tag mit solchen Problemen zu tun, ob das die Handyproduktion ist oder was auch immer. Wir sind noch nicht in der Basarökonomie. Wir geraten hinein, wenn wir nicht mehr gut genug sind. Wir geraten in die Situation der Basarökonomie, dass wir auslagern und dann nicht mehr genug gewinnen, wenn wir im Wettbewerb der Automobilindustrie, demnächst der Bio- und Gentechnologie, beim übernächsten Mal der Stammzellenforschung nicht unter den Weltbesten sind. Eines der Ergebnisse der Diskussion in Deutschland, die ja ethisch sehr ernsthaft geführt wird, ist, dass Schering die Stammzellenforschung und alles, was damit zu tun hat, in Japan betreibt. 500 bis 600 Spitzenjobs der Forschung im Bereich der Stammzellen, das ist die nächste Stufe der pharmazeutischen Entwicklung, sind inzwischen in Japan. Das sind Prozesse, denen wir uns stellen müssen und in denen wir europäische Antworten brauchen.

## **Rohrer**

Danke vielmals. Sie erleiden mit mir wahrscheinlich ein journalistisches Schicksal. Es sind noch so viele Fragen offen, die wir mit nach Hause nehmen müssen. Aber eine stelle ich jetzt doch noch. Wie ist das mit Rot-Grün?

## **Clement**

Das ist die letzte rot-grüne Regierung in Deutschland, die jetzt im Amt ist und die sich jetzt den Wählern stellt. Aber das tut jede Partei für sich im Wettbewerb. Der Bundeskanzler wird am Freitag die Vertrauensfrage stellen, um das klar zu sagen. Es spricht viel dafür, dass sich die Fraktion der SPD der Stimme enthält. Das ist die Voraussetzung dafür. Wir haben kein Selbstaufhebungsrecht des Parlaments in der Verfassung. Das hat etwas mit den Weimarer Erfahrungen zu tun, aus denen heraus wir das nicht wollten. Wir wollten keine Parteienzersplitterung. Und wir wollten ein standfestes, ein beständiges Parlament. Das führt jetzt dazu, dass wir zum dritten Mal gewissermaßen einen Umweg gehen müssen, der schwer begründbar ist. Es ist in der Tat so, dass der Bundeskanzler am Freitag die Vertrauensfrage stellt, damit ihm das Parlament mit Mehrheit das Misstrauen ausspricht, damit er anschließend die Bürger um ihr Vertrauen bitten kann. Das ist die Situation. Das ist verdammt schwer vermittelbar. Am 22. Mai hat er das angekündigt. Jetzt am 1. Juli stellt er die Frage. Die wird dann dort beantwortet. Er wird dort die Mehrheit nicht bekommen. Dann hat der Bundespräsident 3 Wochen Zeit, um die Situation zu klären. Wenn er dann das Parlament auflöst, muss ab Auflösung des Parlaments binnen 60 Tagen die Neuwahl stattfinden. Das ist deshalb nicht ganz unwichtig in der gegenwärtigen Phase, weil wir, wenn wir alles addieren vom 1. Juli 3 Wochen bis zum letzt möglichen Zeitpunkt der Entscheidung des Präsidenten plus 60 Tage, sind wir ziemlich genau am 18. September. Und das ist die Wunschvorstellung aller Beteiligten, dass dann gewählt wird. Das ist ja auch der einhellige Wille aller wichtigen politischen Kräfte in Deutschland. Dann kann gewählt werden. Das ist also ein etwas schwieriger Prozess. Wir selbst haben die Erwartung, dass die Spitzengremien der SPD sofort ein Wahlmanifest beschließen werden. Alle Parteien sind längst in dieser Vorbereitung. Alle Parteien gehen als sicher davon aus, dass dieser Weg zur Neuwahl eröffnet wird. Darüber wird es noch viele Diskussionen geben. Weiter kann ich nicht gehen, obwohl ich innerlich

überzeugt bin, dass ich noch weiter gehen könnte, aber das nicht sollte. Ich gehe als sicher davon aus, dass die Wahl stattfindet.

### **Rohrer**

Also Sie schließen aus, dass sich Präsident Köhler quer legt.

### **Clement**

Der Bundespräsident hat natürlich hier den vollen Respekt. Er hat die Entscheidungsfreiheit, er hat die Entscheidungsmöglichkeit. Und ich darf und will das öffentlich auch nicht in Frage stellen. Ich habe volles Vertrauen zum Präsidenten, und dieses Vertrauen führt mich zu der Einschätzung, dass wir wählen werden. Dann wird die SPD antreten, wir treten aus einer wirklich sehr schwierigen Stimmungslage an, aus einer sehr schwierigen Meinungsforschungslage. Im Februar waren wir in den deutschen Umfragen noch auf Platz 1 und die CDU/CSU auf Platz 2. Das hat sich bis jetzt, bis Juni gravierend verändert. Wir liegen jetzt in den Umfragen schrecklich schlecht. Aber von Juni bis September ist ja wiederum noch mal Zeit. Der Bundeskanzler ist in einer glänzenden Verfassung. Wir auch. Was soll uns eigentlich hindern, es noch mal darauf ankommen zu lassen? Es gehört ein bisschen Mut dazu und der Bundeskanzler und andere, die ihn begleiten, hat den. Aber es ist schwierig. Wenn man die Regierungsarbeit diszipliniert macht, und wenn diese Klammer der Disziplin gelockert wird, weil jetzt eine solche Situation eintritt, dann lösen sich manche Dinge, von denen man glaubte, sie hätten längst überzeugend gewirkt. So wird also unsere Reformpolitik jetzt immer wieder neu diskutiert. Wir müssen darauf achten, dass dieser Kurs weiter geht, weil er für unser Land unverzichtbar ist. Und das tun wir tapfer und meistens erfolgreich.

Rot-grün, um das zu beantworten, weil Sie das vielleicht diskutieren, aber ich will Sie jetzt nicht weiter strapazieren. Es ist schwierig. Wir sind ein Industriestaat. Wenn Sie die Fragen der Energiepolitik nehmen, wenn Sie die Fragen nehmen von Bio- und Gentechnologie, grüne Gentechnologie und andere Forschungsfragen, dann sind Sie am Anschlag. Da brauchen Sie noch mal neue Substanz, wenn so etwas fortgesetzt werden soll und noch mal ein Versuch der Anhäufung von Gemeinsamkeit, die in den letzten Wochen und Monaten ziemlich ausgereizt worden ist. Industriepolitik – ich habe versucht, das deutlich zu machen – ist existenziell, nicht nur für uns in Deutschland, ist für Europa existenziell. Wir werden sie nicht halten können, wenn wir weit vor Amerika, weit vor Japan liegen in unseren Umweltstandards. Emissionshandel, Kyoto-Protokoll. Eine Weltregion alleine kann nicht die ganze Welt verändern, sondern da müssen andere dazu kommen. Wir können wohl Schrittmacher sein, wir können vorweg laufen, aber nicht so weit, dass wir die anderen gar nicht mehr erkennen können und sie die Geschäfte machen und wir den Vorreiter. Das ist auf die Dauer nicht durch zu halten.

### **Rohrer**

Mit dieser realistischen Bemerkung, meine Herren, danke vielmals. Danke für Ihr Ausharren. Danke für Ihr Kommen. Wie gesagt, nehmen Sie all die Fragen mit nach Hause zum Nachdenken.